



**DETMOLD**

**Kulturstadt  
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2015**

**Fachbereich 6  
Stadtentwicklung**

# Budgetbuch Fachbereich 6 Stadtentwicklung

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
1. Haushaltssatzung	1 - 4
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragskonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3. Produktplan	15
4. Planungsreport	17 - 28
5. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1 Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	30 - 31
5.2 <i>Produktgruppe 600 Städtebauliche Planung und Geoinformationen</i>	
5.2.1 Produkt 100 Städtebauliche Planung	32 - 34
5.2.2 Produkt 200 Geoinformationen	36 - 38
5.2.3 Produkt 300 Grünordnungs- u. Freiraumplanung	40 - 42
5.3 <i>Produktgruppe 610 Bauen und Wohnen</i>	
5.3.1 Produkt 100 Bauordnung und Bauaufsicht	44 - 46
5.3.2 Produkt 200 Bau- und Grundstücksservice	48 - 50
5.3.3 Produkt 300 Wohnungsbauservice	52 - 54
5.3.4 Produkt 400 Denkmalschutz und Denkmalpflege	56 - 58
5.4 <i>Produktgruppe 620 Umweltschutz</i>	
Produkt 100 Umweltschutz	60 - 62

## Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 5

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2013 (GV. NRW. S.878) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 17.12.2014 folgende Haushaltssatzung erlassen:

### § 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2015, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	<b>200.174.356 €</b>
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<b>202.728.614 €</b>

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>191.793.409 €</b>
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	<b>191.094.344 €</b>

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	<b>7.084.551 €</b>
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	<b>24.714.616 €</b>

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	<b>47.339.626 €</b>
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	<b>36.840.561 €</b>

festgesetzt.

### § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2015 erforderlich ist, wird auf

**16.389.791 €**

festgesetzt.

### § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

**25.925.700 €**

festgesetzt.

### § 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2015 wird auf

**2.554.258 €**

festgesetzt.

### § 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2015 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

**50.000.000 €**

festgesetzt.

### § 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
  - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
  - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **495 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**  
auf **430 v.H.**

## § 7

### Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
  - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
  - im Bereich der Personalwirtschaft

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

## § 8

### Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

## § 9

### Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

## § 10

### Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Die im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen der Beamten und Tarifbeschäftigten können vorübergehend auch mit Beschäftigten der jeweils anderen Beschäftigten-gruppe besetzt werden.

Detmold, 17.12.2014



Heller  
(Bürgermeister)

# Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

## **Grundsatz der Gesamtdeckung**

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

## **Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit**

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

## Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ und „Krankentransport und Rettungsdienst“ sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig, ebenso alle Maßnahmen des Grunderwerbs im Produkt 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice). Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; innerhalb der Bereiche „Kanal- und Gewässerbau/Abwasserbeseitigung“ und sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

## Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.



**Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen**

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbsteuer	5341000 / 7341000 Gewerbsteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbsteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

## Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4488260 / 6488260 Erstattung Bildungs- und Teilhabepaket	5431260 / 7431260 Veranstaltungen aus Bildungs- und Teilhabepaket

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

**Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst**

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produkt 002.330.050: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

**Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement**

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

## Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

## Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweis. d. Landes –Straßentheaterfest.-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweis. d Kreises –Straßentheaterfest.-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder v. verb. Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	
4148111 / 6148111 Sponsorengelder Detmolder Advent	5499111 / 7499111 Kulturprogramm Detmolder Advent

Produkt 015.820.100: Marketing

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148111 / 6148111 Sponsorengelder Detmolder Advent	5499111 / 7499111 Detmolder Advent

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.880.100: Musikschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden



## Produktplan Fachbereich 06 Stadtentwicklung

Produktgruppe		Produkt	
600	Städtebauliche Planung und Geoinformationen	100	Städtebauliche Planung
		200	Geoinformationen
		300	Grünordnungs- und Freiraumplanung
610	Bauen und Wohnen	100	Bauordnung und Bauaufsicht
		200	Bau- und Grundstücksservice
		300	Wohnungsbausevice
		400	Denkmalschutz und Denkmalpflege
620	Umweltschutz	100	Umweltschutz



# Planungsreport

## Fachbereich 06 Stadtentwicklung

### I. Ausgangslage und Ausblick

#### 1. Produkte des Fachbereichs Stadtentwicklung

Die Dienstleistungen des Fachbereichs Stadtentwicklung werden mit Beginn des NKF-Starts ab 2008 in folgenden acht Produkten und drei Produktgruppen erstellt:

Produktgruppe 600 „Städtebauliche Planung und Geoinformationen“

- 100 „Städtebauliche Planung“
- 200 „Geoinformationen“
- 300 „Grünordnungs- und Freiraumplanung“

Produktgruppe 610 „Bauen und Wohnen“

- 100 „Bauordnung und Bauaufsicht“
- 200 „Bau- und Grundstücksservice“
- 300 „Wohnungsbausevice“
- 400 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“

Produktgruppe 620 „Umweltschutz“

- 100 „Umweltschutz“

Die Leistungen der oben aufgeführten Produkte werden von 47 Mitarbeitern des FB 6 erbracht. Unter Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigungen sind dies rd. 43,0 Stellen (Stand 31.12.2014).

Die beiden ausgeschriebenen Stellen im Team 6.3 Bauaufsicht und Bauordnung und Team 6.1 Stadtplanerische Leistungen wurden inzwischen (Dezember 2014 und Januar 2015) wiederbesetzt. Auch die Wiederbesetzungen der beiden infolge von Altersteilzeit im Team 6.5 Umweltschutz und Freiraumplanung vakanten Stellen (betrifft die Produkte Grünordnungs- und Freiraumplanung sowie Umweltschutz) werden vorbereitet und sind für das erste Quartal 2015 geplant.

#### 1.1 Städtebauliche Planung

Erste wichtige Grundlage für die Arbeitsschwerpunkte des Produkts städtebauliche Planungen bildet hierfür das im Jahr 2013 von Verwaltung und Politik zum Abschluss gebrachte „Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold“ (ISEK). Viele der dort aufgeführten Maßnahmen werden auch im Jahr 2015 interdisziplinär team- und fachbereichsübergreifend abgearbeitet. Hierbei wird sich das Team Städtebauliche Planungen sehr intensiv mit folgenden Maßnahmen befassen:

- Rahmenplanung und Bauleitplanung für die Folgenutzung der britischen Wohnsiedlungen
- Profilierung und Standortaufwertung
- Brachflächenaktivierung
- Handlungskonzept „Förderung des Wohnens im historischen Stadtkern“
- Pilotprojekt „Wohnen in der historischen Innenstadt“
- Modernisierung und Instandsetzung privater Gebäude zur Nutzung für Wohnen sowie zur Nutzung für Dienstleistung und Gewerbe
- Rahmenplanung „Zukunftsfähiger Einzelhandel im historischen Stadtkern“.

Die hier genannten Aufgaben sind größtenteils über einen Zeitraum von mehreren Jahren angelegt. Jede einzelne Aufgabe setzt hierbei in 2015 weitere eigenständige politische Beschlüsse voraus.

Über das ISEK hinaus gilt es, im Rahmen des Demografischen Wandels, Detmold weiter attraktiv zu gestalten und fit für die Zukunft zu machen. Hierbei wird es nicht ausreichen, neue Flächen für Entwicklungsperspektiven anzubieten. Vielmehr müssen überkommene Strukturen wieder mit Leben gefüllt oder zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Erholung gilt es, aufeinander abgestimmt zu optimieren.

Einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt und einen großen Tätigkeitsbereich der Stadtplanung 2015 wird, wie auch in den letzten Jahren, wiederum die Steuerung des Einzelhandels in Detmold ausmachen. Durch Bauleitplanung wird gezielt die Ansiedlung von Einzelhandelsstrukturen in Ortsteilzentren gefördert, um Versorgungslücken zu schließen. Es gilt das erklärte stadtstrukturelle Ziel umzusetzen, Versorgungsbereiche wieder dezentral zum Bürger in die Ortsteile zu lenken. In Pivitsheide VL und Heiligenkirchen ist dies bereits erfolgreich erfolgt, Heidenoldendorf und die Innenstadt standen 2014 im Focus der Bemühungen und werden auch in 2015 weiter geführt. Außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche gilt es, Einzelhandelsentwicklungen zu stoppen bzw. ggf. zurück zu entwickeln.

Auch wird die städtebauliche Planung im Jahr 2015 den erfolgreichen Weg der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Branchenmobilisierung weiterverfolgen. Neben der planerischen Mobilisierung langfristiger Branchen (wie Temde, alte FH) gilt es, in der Umsetzung befindliche Projekte (Omnia) weiterhin aktiv zu begleiten. Auch die Identifizierung überalteter Wohngebiete muss zukünftig im Rahmen einer gezielten Baulandmobilisierung Berücksichtigung finden. Im direkten Kontext der Branchenmobilisierung und Überarbeitung überkommener Wohngebiete steht auch die im ISEK als Maßnahme aufgeführte Mobilisierung der Britischen Wohnsiedlungen.

Des Weiteren werden innerhalb des Produkts Städtebauliche Planungen in 2015 folgende wesentliche Leistungen erbracht:

Erarbeitung und Bearbeitung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplanänderungen, Vorhaben- und Erschließungsplänen, sonstigen städtebaulichen Satzungen, Rahmenplänen, Stadtentwicklungsplanung, Standortuntersuchungen, Lärmaktionsplänen, planungsrechtlichen und städtebaulichen Stellungnahmen und Lärmschutzgutachten zu Bauleitplänen, Bauvorhaben und städtischen Einrichtungen wie z. B. Sportplätzen.

Das Arbeitsprogramm begründet sich überwiegend durch die vom Fachausschuss beschlossene Prioritätenliste. Für die Aufstellung der Liste wurden folgende Ziele aus der Wohnbaulandstrategie abgeleitet:

- Bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohnbauland
- Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche
- Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung
- Wiedernutzung von städtebaulichen Branchen und leerstehenden Gebäuden
- Ausnutzung vorhandener Infrastruktur und Erschließungsanlagen

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzungen wurde folgende Rangfolge bei der Aktivierung von Bauflächen festgelegt:

1. Hohenloh
2. Gewerbebrachen
3. Flächen in städtischem Eigentum
4. erschlossene andere Flächen
5. nicht erschlossene andere Flächen

Auf Grund des langen Zeitraums, der seit dem erstmaligen politischen Beschluss zur Wohnbaulandstrategie vergangen ist (2001), ist für 2015 geplant, die veränderten städtebaulichen Rahmenbedingungen bei

einer Überarbeitung der Baulandstrategie zu berücksichtigen.

Für das Jahr 2015 sind zusammenfassend und zusätzlich zu den o. g. Beispielen u. a. folgende große Arbeitsschwerpunkte geplant bzw. befinden sich in der Bearbeitung:

- Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK)
- Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes Einzelhandel  
Ziel: zukunftsorientierte Steuerung des Einzelhandels durch langfristige Sicherung und Optimierung der Nahversorgungsstrukturen im Stadtzentrum und in den Ortsteilen (z. B. Heidenoldendorf) und Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche, Bestandsfortschreibung „Kaufland“ und „real“
- Revitalisierung von Militär- und Gewerbebrachen  
(Britische Wohnsiedlung, ehem. Bundeswehrkrankenhaus, ehem. Omnia-Werke, ehem. Fachhochschule, ggf. ehem. Temde-Fabrik)
- Gezielte langfristige Maßnahmen zur Optimierung der gewerblichen Wirtschaft durch frühzeitige, bevorratende Bauleitplanung und zielgerichtete investitionsorientierte Überarbeitung bestehender Planungen (z. B. Kiesow, WPT)
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs.

Für die Räumung der Liegenschaften in Detmold, die von den Briten genutzt wurden, werden momentan die stadtplanerischen Zielvorstellungen für deren zivile Folgenutzung entwickelt. Diese gilt es in 2015 mit geeigneten planungsrechtlichen und organisatorischen Instrumenten umzusetzen.

Nach einer Bestandsaufnahme und Analyse des Gebäudebestandes durch NRW.URBAN und einer Wohnungsmarktstudie der GEWOS ist zu entscheiden, welche Gebäude erhalten oder abgebrochen werden sollen. Es ist ebenfalls zu überlegen, ob eine Neubauung als Ersatz oder Ergänzung der vorhandenen Gebäude erfolgen soll.

Die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes zu einem lebendigen Quartier mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Lernen und Einkaufen wird auch im Jahr 2015 fortgesetzt. Nach Inbetriebnahme von drei sanierten Gebäuden wird die Seniorenwohnanlage am Kasinogarten durch einen Neubau ergänzt. Die Suche nach Investoren und Nutzern für die Umnutzung weiterer Gebäude an der Richthofenstraße wird fortgesetzt. Neben dem Fassadenförderprogramm der Städtebauförderung steht ab Oktober 2013 auch das Denkmalpflegeförderprogramm des Landes NRW mit günstigen Darlehen für Eigennutzer von Wohnungen und für Gewerbetreibende zur Verfügung. Es wird das Ziel verfolgt, weitere Bildungseinrichtungen und Gesundheitseinrichtungen an der Richthofenstraße abzusiedeln. Nach der Fertigstellung der wesentlichen Erschließungsarbeiten für das neue Gewerbegebiet Sky-Park werden die ersten Interessenten beraten. Aber auch die Entwicklung der bestehenden Betriebe im Bereich des Charles-Lindbergh-Rings wird durch Beratung und Bauleitplanung unterstützt.

Auch werden die Belange des Klimaschutzes dauerhaft in alle Bereiche der Stadtplanung und Stadtentwicklung einfließen. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplans zum Thema „Windkraftanlagen“ ist hierbei ein wesentlicher Baustein.

## **1.2 Geoinformationen**

Die Führung und Weiterentwicklung der *Kommunalen Geodateninfrastruktur (GDI)* der Stadt Detmold wird auch 2015 ein Schwerpunkt des Produktes „Geoinformationen“ sein. Das Geodatenmanagement, die Organisations- und Programmentwicklung, Support, Systempflege und Schulung von 24 DesktopGIS-Arbeitsplätzen (ArcGis, GeoOffice, QuantumGis), WebGis-Betreuung im Intranet-/Internet (Geodatenportal), Datenerfassung, -pflege, -aufbereitung und -analysen sowie das GeoConsulting sind tägliche Einsatzfelder in diesem Produkt.

Die seit 2009/2010 bestehende interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Lemgo und Minden begleitet das Team GeoService durch Entwicklung, Support und Consulting.

Der Aufbau von Geodateninfrastrukturen (GDI) - die Vernetzung auf allen Ebenen - findet immer mehr Bedeutung und ist zentrale und unverzichtbare Aufgaben einer modernen Verwaltung. Zahlreiche globale (INSPIRE), nationale (GDI-DE, GDI-NRW) und regionale (GDI-OWL, GDI-Lippe) Initiativen basierend auf EU-Richtlinien (INSPIRE) und nationalen Gesetzen (GeoZG) und unterstützt durch die drei kommunalen Spitzenverbände und bundesweiten Koordinierungsstellen zeigen die zunehmende Dynamik auf. Vor diesem Hintergrund wurde die GDI-Detmold 2013 und 2014 grundlegend überarbeitet und soll bis Ende 2014 abgeschlossen werden.

Da sich auch die Oberfläche und Struktur des Geodatenportals für die Anwender grundsätzlich ändern wird, soll 2015 eine breite Anwenderschulung angeboten werden. Dringend erforderlich sind auch klar definierte Vereinbarungen/Verfügungen mit den datenführenden Stellen in den Fachbereichen, um Verantwortungen für die Qualität und Aktualität von Geodaten sicher zu stellen.

Neben den technischen und organisatorischen Aufgaben sowie der Pflege des umfangreichen Geodatenbestandes werden 2015 folgende GIS-Projekte die Arbeit des Teams vorrangig bestimmen:

- Straßenerhaltungsmanagement (FB 5)
- Baumkataster (FB 7)
- Einführung eines Grünflächeninformationssystem (FB 5/7)
- Friedhofsmanagement (FB 7)
- Migration der ARLIS Kanaldatenbank in ein neues System (FB 7)
- 3-D-Visualisierung (CityGML Stadtmodell) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe GDI-OWL
- Aufbereitung der Einwohnerdaten ab 2000 für das Projekt „Demographische Entwicklung in Detmold“ auf der Grundlage von kleinräumigen Wohnquartieren zu einem strategischen Instrument (Grundlage z. B. für Zielentwicklung FB 6, Schulbedarfsanalysen, Sozialanalysen, Wohnungsmarkt, Bevölkerungsentwicklungen)
- Aufbereitung, Analyse und Darstellung der Daten aus der Erhebung Zensus 2011, die voraussichtlich 2015 vorliegen werden
- Bereitstellung eines Dienstes für Auswertungen, Analysen und Statistiken von raumbezogenen Daten

Die Erstellung von *Planungsgrundlagen* für den Kanal- und Straßenbau sind von den anfallenden Baumaßnahmen anderer Produktgruppen (fachbereichsübergreifend) geprägt. Die Erstellung und Ausarbeitung von *Planungsgrundlagen* in der Bauleitplanung (insbesondere die Festlegungsrisse) richten sich nach der vom Fachausschuss beschlossenen Prioritätenliste.

Die Leistungen in der *Entwurfs- und Bauvermessung* werden von anfallenden Verwaltungsaufgaben fast aller Fachebenen und Projekte geprägt und definieren sich aus den von der Politik vorgegebenen Prioritäten in Zusammenarbeit mit den für die Aufgabenabwicklung zuständigen Fachbereichen.

Neben der notwendigen Datenerfassung für die Erstellung von Planungsgrundlagen für Kanal-, Straßen-, Hochbau- und Bauleitplanung wird das Aufgabenspektrum ergänzt durch vermessungstechnische Überprüfungen und Dokumentation von baurechtswidrigen Tatbeständen, Betreuung von Baumaßnahmen und notwendige koordinierende Arbeiten zwischen Tiefbau, Immobilienmanagement und Bauaufsicht.

Die Vermessung ist bemüht, durch schnelle Verfügbarkeit vor Ort aktuelle Baumaßnahmen zeitnah zu betreuen.

### **1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung**

Durch die im Baugesetzbuch geregelten erweiterten rechtlichen Anforderungen an den Umweltschutz und dem Aufgabenbereich der Grün- und Freiflächenplanung ergeben sich folgende Aufgaben:

- Beiträge zu Flächennutzungsplanänderungen
- Beiträge zu Bebauungsplänen
- Umweltberichterstattung und -monitoring
- Artenschutzrecht in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren

- Beiträge zu Fachplänen anderer Behörden
- Grün- und Freiraumplanung
- Planung, Ausschreibung, Überwachung, Abrechnung von Freianlagen
- Mitwirkung bei Baugenehmigungsverfahren
- Ausgleichsflächenmanagement
- Umsetzung der Baumschutzsatzung (s. Produkt Umweltschutz)
- Energiesparen / Klimaschutz (s. Produkt Umweltschutz)
- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit (s. Produkt Umweltschutz)

Die grünplanerischen Fachbeiträge zu den Bebauungsplänen wie Umweltberichterstattung, Eingriffsregelung und das Umweltmonitoring als umfassendes Prüfverfahren werden auch weiterhin mit eigenen Kräften durchgeführt, da sich diese Vorgehensweise als wirtschaftlicher gegenüber externen Vergaben erwiesen hat. Ebenso wird die naturschutzrechtlich geforderte Artenschutzvorprüfung im Team Umweltschutz und Freiraumplanung selbstständig durchgeführt.

Die verlagerte Grün- und Freiraumplanung beinhaltet u. a. die Fachplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Sie beinhaltet auch die Planung, Ausschreibung, Überwachung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen für Sport-, Spiel- und sonstige Freianlagen sowie die Überwachung der externen Architektenleistungen. Die zu erbringenden Leistungen im Bereich der Grün- und Freiraumplanung - und hier insbesondere in der Objektplanung - sind abhängig von dem zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen und der Auftragsvergabe anderer Fachbereiche.

Die Baumaßnahme „Parklandschaft Friedrichstal“, 2. Bauabschnitt, ist im Jahr 2014 fertig gestellt und mit einer Einweihungsveranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert worden. In den Jahren 2015 und 2016 werden noch durch eine Fachfirma Pflegearbeiten im Bereich der Vegetationsflächen durchgeführt, die zu überwachen und abzurechnen sind.

Nachdem im Jahr 2014 die Sportanlage Pivitsheide VL umgebaut worden ist (Umwandlung eines Tennenspielfeldes in ein Kunstrasenspielfeld) und auch die Sportanlage Hiddesen modernisiert worden ist (Neubau eines Kleinspielfeldes mit einem Kunstrasenbelag sowie Verlegung und Sanierung des Großspielfeldes), soll der Umbau der Sportanlagen Diestelbruch und Heiligenkirchen im Jahr 2016 erfolgen. Die Zusammenstellung der für die Baugenehmigungen erforderlichen Unterlagen, incl. der Planungsleistungen, soll bereits im Jahr 2015 erfolgen, um mit den Umsetzungen der Maßnahmen im Frühjahr 2016 beginnen zu können.

Ferner ist vorgesehen, den Tennisplatz in Pivitsheide VH zu sanieren, da die Tennendeckschicht aufgrund ihres Alters verschlissen ist. Die Wasserdurchlässigkeit der Schicht ist nicht mehr ausreichend und führt zu Einschränkungen beim Spielbetrieb.

Im Maßnahmenkatalog zum Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist der Aus- / Umbau verschiedener Maßnahmen vorgesehen.

Die Grün- und Wegeverbindung „Am Mühlendamm“ soll umgestaltet und aufgewertet werden. Die Erlebarkeit des Gewässers „Mühlengraben“ ist nicht mehr gegeben und die gesamte Anlage lädt nicht zum Verweilen oder Durchgehen ein.

Nachdem der ZOB umgebaut worden ist, bedarf es noch einer Erneuerung des östlichen Bereiches der Bahnhofstraße zwischen dem Bahnhofsvorplatz und der Paulinenstraße. Im Zuge des Straßenausbaues, ist auch die Umgestaltung der mittleren Grünachse mit Fuß- und Radweg vorgesehen.

Vom Grundstück des Finanzamtes bis zum Erich-Stuckel-Weg wird die Werre renaturiert. Oberhalb der südlichen Uferböschung ist ein Fuß- und Radweg von der Behringstraße bis zum Erich-Stuckel-Weg geplant. Der Weg wird beleuchtet und es sind weiterhin verschiedene Ausstattungselemente im Bereich des Weges vorgesehen, um die Aufenthaltsqualität der Grün- und Wegeverbindung zu erhöhen.

Die Parkanlage „Arnims Park“ in Heidenoldendorf soll gemäß den Ergebnissen des Demographieberichtes Heidenoldendorf durch verschiedene Maßnahmen aufgewertet werden. Es ist angedacht, eine Boule-

Bahn zu errichten, einen kleineren Platz mit Pergola zu schaffen und an geeigneten Stellen auch Spielgeräte für kleinere Kinder aufzustellen. Voraussetzung hierfür ist die Abstimmung mit dem Heimat- und Verkehrsverein sowie die politische Beschlussfassung für das Vorhaben.

Wie auch in den vorangegangenen Jahren, ist eine Betreuung / Überwachung der städtischen Ausgleichsflächen erforderlich. Eine kontinuierliche Pflege der vorhandenen Ausgleichsflächen muss gewährleistet sein. Verschiedene an Fachfirmen vergebene Pflegeleistungen sind zu überwachen und abzurechnen.

Im Bebauungsplangebiet „Munitionsdepot“ (Sky-Park) in Hohenloh, sind die Ausgleichsflächen in diesem Jahr vorbereitet und eingesät worden. Eine Teilfläche wurde bereits im Frühjahr bepflanzt. Die restliche Bepflanzung erfolgt in der Pflanzsaison 2014/2015.

#### **1.4 Bauordnung und Bauaufsicht**

Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

Im Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ ist die Anzahl der Bauanträge seit dem Jahr 1999 auf ungefähr gleich bleibendem Niveau.

- Der Trend geht weg vom Neubau von Einfamilienhäusern, hin zum Erwerb von vorhandenen Gebäudetimmobilien und An- bzw. Umbauten sowie energetische Sanierung für den jeweiligen persönlichen Bedarf. Die Zahl der untergeordneten baulichen Anlagen, wie Carports, Schuppen etc. wird gegenüber 2014 ansteigend sein.
- In der Summe der Bauanträge und Verfahren wird damit gerechnet, das Niveau von 2014 zu erreichen.

Für die Beurteilung von Bauvorhaben sind unterschiedliche Informationen (z. B. Bebauungspläne, Kanal Karten, Flächennutzungsplan, Altlastenkataster, etc.) notwendig. Diese unterschiedlichen Informationen werden im Geoinformationssystem der Stadt Detmold in digitalen Karten zur Verfügung gestellt. Durch die laufende Erweiterung dieses Geoinformationssystems ist erreicht worden, die für die Beurteilung eines Bauvorhabens notwendigen Informationen weitgehend am Arbeitsplatz bereitzustellen, sofern nicht externe Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden müssen.

Infolgedessen hat sich die Dauer der Baugenehmigungsverfahren gegenüber früher erheblich verringert und befindet sich auf einem guten Niveau.

- Das Ziel, im Bereich Vor- und Baubescheide nach Eingang vollständiger, prüffähiger Antragsunterlagen die Laufzeit des Genehmigungsverfahrens ohne externe Beteiligung auf sieben Tage zu begrenzen, wird weiter verfolgt.
- Bei der notwendigen Beteiligung externer Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens soll entsprechend die Laufzeit von sechs Kalenderwochen nicht überschritten werden.
- Dieses Ziel hat auch Berücksichtigung gefunden in einer Zielvereinbarung zur Beschleunigung von gewerblichen Bauvorhaben, die der Kreis Lippe unter der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe aufgestellt hat. Diese Zielvereinbarung haben neben den Städten und Gemeinden auch eine Vielzahl von Behörden, die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden, unterschrieben. Unter anderem hat diese Zielvereinbarung zum Inhalt, Beteiligungsfristen festzuschreiben und die Kommunikation mit den Bauherren und Entwurfsverfassern zu beschleunigen. Eine Auswertung hat noch nicht stattgefunden; allerdings hat diese Zielvereinbarung zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von gewerblichen Bauanträgen geführt.

#### **1.5 Bau- und Grundstücksservice**

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde im Jahre 2008 mit der Einführung des NKF aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren, Baulasten, Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ gebildet. Bereits 2006 wurden wegen der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens nach § 3 Bürokratieabbaugesetz Leistungs-



umfang und Kennzahlen im Bereich „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“ geändert; weitergehende Änderungen werden für 2015 nicht erwartet.

Im Bereich „Baulasten“ bleibt es dabei, dass die Anzahl der Eintragungen auch in Zukunft abhängig von der Anzahl der Baugenehmigungen und der Grundstücksteilungen ist. Bemerkenswerte Veränderungen gegenüber dem Vorjahr werden nicht erwartet. Wie bei den Bauakten werden auch in diesem Aufgabebereich die Akten nach abgeschlossener Bearbeitung sofort digitalisiert. Im Arbeitsbereich „Grundstücksteilungen, Vorkaufsrechte, Hausnummern und Straßenbenennungen“ werden ebenfalls keine gravierenden Änderungen erwartet.

Nach dem Abschluss der Digitalisierung des Bauarchivs wurden bis Frühjahr 2014 die nicht archivierungswürdigen Altakten bei Interesse an die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer abgegeben. Diese Aktion ist zunächst beendet; wenn sich wieder eine angemessene Zahl auszusondernder Akten angesammelt hat, wird so etwas sicher wiederholt. Die aktuell abgeschlossenen Akten werden als Geschäft der laufenden Verwaltung vom „Stammpersonal“ des Bauarchivs digitalisiert. Auch der Fachbereich 5 nutzt weiterhin die Scanner, um die Kanalakten zu digitalisieren.

### **1.6 Wohnungsbau service**

Im Jahre 2007 hat der Kreis Lippe die Aufgaben als Bewilligungsbehörde für Wohnraumfördermittel im gesamten Kreisgebiet übernommen. Seit diesem Zeitpunkt übt die Stadt Detmold im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus eine Beratungsfunktion aus und gibt außerdem im Mietwohnungsbau als Bauortgemeinde die wohnungswirtschaftliche Stellungnahme zur Bedarfssituation ab, die Voraussetzung für eine Förderung ist.

Seit 2010 wird die Höhe der Fördermittel in NRW wegen des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt kontinuierlich angepasst und das Förderrecht stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Die daraus resultierende Entwicklung zeigt insgesamt weiterhin zurückgehende Bewilligungsquoten. Da das aktuelle Wohnraumförderprogramm bis 2017 gilt, werden für 2015 keine Veränderungen erwartet.

Im Bereich Wohnungsbindung besteht weiterhin eine entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt.

### **1.7 Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben hat sich die Stadt Detmold durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Programm Historischer Stadtkerne in NRW“ verpflichtet, alle historischen Gebäude aus dem Kulturgutverzeichnis zeitnah auf den Denkmalwert zu prüfen und gegebenenfalls in die Denkmalliste einzutragen.

Von den 1.045 baulichen Objekten dieses Verzeichnisses sind von 1980 bis Juli 2014 985 Objekte auf ihren Denkmalwert überprüft worden, 697 davon sind als Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen worden. In 2015 werden voraussichtlich weitere 30 Objekte auf ihren Denkmalwert geprüft, davon erfüllen erwartungsgemäß ein Drittel die Voraussetzungen der Eintragung in die Denkmalliste.

Von Seiten der Denkmaleigentümer, Architekten und Bauhandwerker besteht eine große Nachfrage nach Beratungen bezüglich der Erlaubnisfähigkeit bei Veränderungen sowie der Fördermöglichkeiten und Steuervergünstigungen. Diese Leistungen erfordern einen hohen Zeitaufwand, der durch ein qualitativvolles Ergebnis am Baudenkmal und durch die positive Resonanz der Beteiligten gerechtfertigt ist.

Die Denkmalförderung "Stadtpauschale" ist wieder in der Budgetplanung 2015 enthalten, weil die Landesregierung ihren Anteil entgegen der Ankündigungen in 2014 doch wieder zur Verfügung gestellt hat.

### **1.8 Umweltschutz**

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte sind im Produkt Umweltschutz zu nennen:

- *Energiesparen und Klimaschutz*

Angesichts des Stockens der Bemühungen um Klimaschutz auf internationaler Ebene ist gerade auf kommunaler Ebene weiterhin Engagement gefordert. Dem wird Detmold durch das Klimaschutzkonzept gerecht. Das Klimaschutzkonzept wurde vom Klimabeirat aktualisiert und weiterentwickelt.

Bei der Evaluierung des Klimaschutzkonzeptes hat sich herausgestellt, dass zukünftig die Anpassung der Stadtstruktur an die Folgen des Klimawandels eine hohe Bedeutung haben wird. Das Handlungskonzept, basierend auf den Handlungsfeldern 1. Verkehr; 2. Stadtplanung, Stadtgestaltung, Stadtklima; 3. Wohnen, Arbeiten, Konsum ist Grundlage für die Beratung in den Fachausschüssen und dient der Vorbereitung

künftiger Beschlüsse zu dem überarbeiteten Detmolder Klimaschutzkonzept. Weitere Handlungsfelder können sich auch aus dem derzeit diskutierten Klimaschutzplan des Landes NRW ergeben. Die Umsetzung der Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes und Einhaltung des Klimaschutzgesetzes NRW anhand der Vorgaben im Klimaschutzplan NRW sind Aufgaben für die kommenden Jahre. Neben Maßnahmen im direkten Einflussbereich der Stadt, d. h. insbesondere am eigenen Gebäudebestand, gilt es, eine große Breitenwirkung zu erreichen.

Angesichts des hohen Sparpotentials bleibt der Energieverbrauch in Gebäuden auch in Zukunft von großer Bedeutung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Neben Maßnahmen im Neubau (Beratung, verstärkte Bemühungen um Einhaltung von Wärmeschutzvorschriften) hat der Gebäudebestand eine hohe Bedeutung (Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, Förderprogramm nachträgliche Wärmedämmung).

Die energetische Sanierung historischer Bausubstanz spielt dabei beim Detmolder Gebäudebestand eine zentrale Rolle. Ein Schwerpunkt 2015 wird die Auswertung der Ergebnisse der energetischen Sanierung des denkmalgeschützten VHS-Gebäudes Krumme Straße 20 als gefördertes Modellvorhaben sein. Informationen, Baustellenbesichtigungen, Fachvorträge und Seminare / Workshops geben interessierten Besuchern und Gebäudeeigentümern die Möglichkeit, Ausführung und Chancen der energetischen Sanierung zu zeigen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Aktivitätenprogramm des European Energy Award, die bei der Auswertung der Bewertungsmatrix als Möglichkeiten der Stadtverwaltung zur Verbesserung der Klimaschutzbilanz identifiziert wurden.

Darüber hinaus ist es wünschenswert, auch den Verkehr als großen Energieverbraucher weiter in Richtung Klima-, Umwelt- und Stadtverträglichkeit zu optimieren. Das dazu bis Ende 2013 erarbeitete Klimaschutzteilkonzept Verkehr (federführend Fachbereich 5) soll ab Herbst 2014 in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

2015 soll der Bereich Konsum zusätzlich in den Focus gerückt werden. Geplant ist eine Ausstellung zum Thema und Aktionen im Rahmen des Tages der Umwelt.

#### *- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit*

Öffentlichkeitsarbeit erfolgt regelmäßig durch das Bereitstellen aktueller Broschüren im Ferdinand-Brune-Haus, Informationsangebote durch Veranstaltungen wie Altbausanierungstagen, Tag der Umwelt etc. und durch Vorträge externer Referenten.

#### *- Umsetzung der Baumschutzsatzung*

Die Anzahl von Anträgen nach Baumschutzsatzung ist seit Jahren auf etwa gleich bleibendem Niveau, ebenso das Verhältnis von positiven und negativen Bescheiden. Einerseits kann durch bürgerfreundliche Handhabung ein Großteil der Anträge im Sinne der Antragsteller beschieden werden; andererseits gelingt es alljährlich, vor allem durch Beratung im Vorfeld, mehrere Dutzend Bäume zu erhalten. Dadurch, sowie durch Ersatzpflanzungen und gezielte Baumpflanzaktionen mit Hilfe von Ersatzgeldern, wird das Ziel der Baumschutzsatzung verwirklicht: die „Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes“ „zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“ sowie zur „Verbesserung des Stadtklimas und der ... Belebung, Gliederung und Pflege des Ortsbildes ...“ (§ 1 Abs. 2 BaumSchS). Die Bearbeitung der Anträge zur Baumschutzsatzung wird mit Hilfe von Online-Formularen weiter vereinfacht und verkürzt.

## **II. Teilergebnisplan und Teilfinanzplan**

### **1. Teilergebnisplan**

Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) wird der geplante Werteverzehr periodengerecht im gesamtstädtischen Ergebnisplan und in fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen dargestellt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres werden die Ergebnisse in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

## **Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2013 -**

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 vom 28.11.2014 ausgewiesen.

### **1.1 Übersicht**

Das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ des Fachbereichs Stadtentwicklung ist laut Haushaltsbeschluss für 2015 im Teilergebnisplan mit rd. minus 3.326.600 € geplant; im Vergleich zur Planung 2014 erhöht sich der Zuschussbedarf um rd. 100.800 (3,1 %).

Ergänzt um den negativen Saldo von rd. minus 501.000 € aus internen Leistungsbeziehungen ergibt sich ein geplantes Gesamtergebnis 2015 (= Zuschussbedarf) von rd. minus 3.827.600 € und liegt damit rd. 135.900 € (rd. 3,7 %) über dem Plan 2014.

### **1.2 Erträge**

Als „ordentliche Erträge“ sind für 2015 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 1.006.200 € geplant. Gegenüber der Planung 2014 sind dies rd. 103.500 € / rd. 9,3 % weniger.

Vergleichender Hinweis: Ohne Berücksichtigung der Ertragsposition „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ - i. H. v. rd. 292.800 € Plan 2013, rd. 613.600 € Plan 2014, rd. 455.100 € Plan 2015 - die besonderen Schwankungen unterliegt, ergibt sich gegenüber der Planung 2014 eine geplante Ertragssteigerung von rd. 55.000 € (rd. 11,1 %).

Im Einzelnen sind für 2015 folgende Erträge geplant:

#### Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. rd. 455.100 €

- Hierunter fallen insbesondere die erheblichen geplanten Zuwendungen (80 % Fördersatz) des Landes zum integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold (ISEK, vgl. Erläuterungen unter Produkt Städtebauliche Planung und 1.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).
- Für 2015 werden rd. 164.050 € (70 %) Landes-/Bundes-Förderung für die Fördermaßnahme im Bereich Stadtumbau West Hohenloh-Richthofenstraße in die Planung aufgenommen (vgl. Erläuterungen unter 1.3 bei Transferaufwendungen).
- Für das bisherige Programm „Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ (jetzt ISEK Nr. 1.4 "Profilierung und Standortaufwertung") werden rd. 69.200 € Landesförderung (80 % Fördersatz) erwartet.
- Für Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes (Förderung Klimaschutzmanagerin) werden 11.850 € Bundes-Zuwendung geplant. Die geplanten Zuwendungen für besondere Maßnahmen Klimaschutzkonzept sind mit 25.000 € im Budget 2015 eingeplant (vgl. Erläuterungen unter 1.3 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“).
- Als Landeszuwendung für den Mitgliedsbeitrag URBANES-Netzwerk (s. Produkterläuterung 600.100) werden 6.200 € in der Planung berücksichtigt.

#### - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte i. H. v. rd. 368.400 €

Hierunter fallen z. B. geplante Baugenehmigungsgebühren (300.000 €), Verwaltungsgebühren Denkmalschutz (18.000 €), Verwaltungsgebühren für Baulasten (6.000 €) und im Bereich Teilungen sowie Vorverkaufsrechtsprüfungen (29.000 €).

#### - Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 41.200 €

Dies betrifft beispielsweise erwartete Kostenerstattungen Privater für beantragte Bauleitplanung oder Erstattungen von Ersatzvornahmekosten sowie Erstattungen der Städte Minden und Lemgo für Leistungen des GeoServices.

#### - Sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 58.100 €

Hierunter fallen geplante Bußgelder (12.000 €) und Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung (6.000 €) sowie die Wertanpassung von Forderungen in Höhe von 40.000 €. Die fachliche Erläuterung zu dieser Wertanpassung lautet:

Die Stadt Detmold hat diverse Wohnungsbaudarlehn vergeben. In der Bilanz werden diese Darlehn nicht mit Ihrer Restvaluta, sondern mit dem jeweiligen Barwert eingestellt. Dabei wird unterstellt, dass eine Forderung umso weniger wert ist, je weiter sie in der Zukunft liegt. Zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres wird der Barwert der Wohnungsbaudarlehn auf diese Weise neu ermittelt. Ist der errechnete Barwert höher als der Bilanzwert, so wird der Bilanzwert ertragswirksam aufgestockt. Für den Haushalt 2015 wurde eine Beispielsrechnung aufgestellt, aus der sich jährliche Erträge von ca. 40.000 € ergeben.

- Aktivierte Eigenleistungen i. H. v. 83.000 €

Aktivierte Eigenleistungen werden entsprechend der Gemeindehaushaltsverordnung NRW dann gebucht, wenn Ingenieure des Fachbereichs Stadtentwicklung durch Planungs-Leistungen nach HOAI an der Schaffung von Anlagevermögen der Stadt Detmold (z. B. Gebäuden, Straßen, Kanälen) mitwirken. Diese Leistungen werden innerhalb der Stadt Detmold verrechnet.

HOAI-Leistungen des Produktes 009.600.100 Städtebauliche Planung werden erfasst, können jedoch aufgrund der Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung nicht dem Anlagevermögen hinzugerechnet werden.

Separat dazugerechnet werden die geplanten Erträge aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 6.000 €, insbesondere für Verrechnung von Ingenieurleistungen im Bereich der Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen.

### **1.3. Aufwendungen**

Die geplanten „Ordentlichen Aufwendungen“ betragen für 2015 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 4.339.300 € und entsprechen in der Summe nahezu der Planung 2014 (rd. minus 2.700 € / - 0,1 % unter dem Plan 2014).

Die für 2015 geplanten Personalaufwendungen i. H. v. rd. 3.373.500 € liegen rd. 128.000 € (3,9 %) über dem Plan 2014 und stellen mit rd. 77,7 % der „Ordentlichen Aufwendungen“ den größten Kostenblock dar.

Weitere geplante Aufwendungen sind:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 233.450 €

Unter diese Position fallen die Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände, Anwalts- und Gerichtskosten, Ersatzvornahmen sowie Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne und insbesondere die ISEK-Maßnahmen.

Auf der Grundlage des im III. Quartal 2013 durch den Rat beschlossenen ISEK, hat das Land im 1. Halbjahr 2014 erhebliche Fördermittel zur Umsetzung der Inhalte bewilligt. Erste Vorlagen hierzu wurden im 1. Halbjahr 2014 bereits zur Beratung in politischen Gremien präsentiert. Weitere Maßnahmen werden in 2015 ff. folgen.

Der zeitliche Ablauf der geplanten ISEK-Maßnahmen in den Jahren ab 2014 wurde zwischenzeitlich in den Quartalsberichten 2014 aktualisiert und bei der Mittelanmeldung 2015 ff. berücksichtigt. Aufgrund des seit Mitte November 2014 vorliegenden Zuwendungsbescheides wurde die Budgetplanung nochmals durch die Änderungsliste angepasst.

- Bilanzielle Abschreibungen i. H. v. rd. 15.600 €

- Transferaufwendungen i. H. v. rd. 585.900 €

Hierzu zählen

- rd. 234.350 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße

Wie in den Erläuterungen der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) dargestellt, wurden zwischenzeitlich die Förderrichtlinien geändert. Die Planung wurde aktualisiert und angepasst.

- rd. 86.500 € für das bisherige Programm „Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ (jetzt ISEK Nr. 1.4 "Profilierung und Standortaufwertung", 80 % Landesförderung)
- rd. 90.100 € Honorar an Niedrig-Energie-Institut (NEI)  
Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht. Der Erhöhungsbetrag wird wieder weiter für die Jahre 2015 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tariferhöhungen) fortgeschrieben.
- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI  
Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im HFA für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt. Dieser Betrag wurde für 2015 ff. fortgeschrieben.
- 50.000 Denkmalförderung - Stadtpauschale  
Die Denkmalförderung "Stadtpauschale" (50 % Landesförderung) ist wieder in der Budgetplanung 2015 enthalten, weil die Landesregierung ihren Anteil entgegen der Ankündigungen in 2014 doch wieder zur Verfügung gestellt hat.
- 33.300 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold – anteilige Projektkosten  
Mit Beschluss (FB 6/050/2014) vom 18.02.2014 hat der Rat der Stadt Detmold die weitere zweijährige befristete Tätigkeit der Klimaschutzmanagerin (Anschlussförderung zur Umsetzung weiterer Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept) beschlossen. Der Fördergeber hat einen entsprechenden positiven Förderbescheid erteilt.
- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfscher Hof (bis 2009: 19.800 €)  
Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde der Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € jährlich festgesetzt (weitere Senkung wegen evtl. Landesförderung derzeit nicht gegeben).
- Für den Mitgliedsbeitrag URBANES-Netzwerk (s. Produkterläuterung 600.100) werden 7.750 € in der Planung berücksichtigt.

- „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 130.840 €

Hierunter fallen insbesondere die Aufwendungen für:

- Büro- und Geschäftsbedarf (rd. 24.300 €)
- Reisekosten (7.600 €)
- (laufende) Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes (21.000 € wie Vorjahre)
- Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes (66.000 €)

Es handelt sich um (Sonder-) Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes (vgl. HFA 03.04.2014, Fb6/079/2014). Die Mittelanmeldung 2015 ff. erfolgt vorbehaltlich entsprechender Beschlüsse (nach Darstellung und Erläuterung in entsprechenden Beschlussvorlagen), zuletzt durch Beschluss des HFA v. 06.11.2014, Fb6/243/2014.

Zu den Aufwendungen hinzu zu rechnen sind noch die separat ausgewiesene rd. 507.000 € Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen für IT-Service (hier z. B. 13,5 % Steigerung, Folgekosten durch erforderliche Ablösung des Windows-BetriebssystemXP), Gebäudemanagement, Personalnebenkosten, Personalservice, Stadtkasse, Internen Dienstbetrieb, Postgebühren, Fernsprecher, Büro- und Geschäftsbedarf sowie Telefon-Servicecenter (ab 2011). Die auf die Fachbereiche umgelegten Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen sind für die einzelnen Fachbereiche nur in eingeschränktem Maße beeinflussbar.

#### **1.4. Leistungsangebot**

Trotz des in den vergangenen Jahren erfolgten erheblichen Konsolidierungsbeitrages des Fachbereichs Stadtentwicklung bemüht sich die Verwaltung, das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Um die Einschränkungen im Leistungsangebot aufzufangen, wurde z. B. das Internetangebot für Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und wird fortlaufend verbessert.

#### **2. Teilfinanzplan**

Ergänzend zum gesamtstädtischen Ergebnisplan und fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen werden im System des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auch ein gesamtstädtischer Finanzplan sowie fachbereichsbezogene Teilfinanzpläne erstellt. Die Finanzplanung bezieht sich auf die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen und bildet damit Veränderungen des Geldvermögens der Kommune ab. Hieraus ergibt sich ein direkter Bezug zur Bilanz der Stadt Detmold. In der Finanzplanung werden damit auch die Ausgaben für geplante Investitionen abgebildet.

Für den Fachbereich Stadtentwicklung sind für das Planjahr 2015 und die drei Folgejahre 2016-2018 hier insbesondere folgende investive Einzahlungen und Auszahlungen zu nennen:

- Für Einzahlungen aus der Ablösung von Stellplatzverpflichtungen werden für 2015 8.000 € geplant. Aus Rückflüssen aus Darlehen im Bereich Wohnungsbau werden rd. 11.800 € erwartet.
- Zur Anschaffung von erforderlichem Inventar im Bereich Vermessung werden 6.000 € eingeplant. Der jährliche Investitionszuschuss zum Naturschutzprojekt Senne beträgt wie in den Vorjahren rd. 14.400 €.

**Weitere Einzelheiten sind den Erläuterungen zu den einzelnen Produkten zu entnehmen.**



**Ziele**

- Detmold zeigt eine nachhaltige und familienfreundliche städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur- und umweltschützenden Anforderungen sowie die Anforderungen des Denkmal- und Klimaschutzes auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleistet.
- Baulandreserven im Innenbereich sowie Brachflächen werden planerisch mobilisiert und dienen somit langfristig der Infrastrukturausstattung und dem Freiraumschutz.
- Die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie, Gewerbe und Handel ist zu fördern, indem bestehende Firmen unterstützt und ein nachfragegerechtes Angebot an gewerblichen Baugrundstücken für die Neuansiedlung bzw. Erweiterung gewerblicher Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Ansiedlung auf Gewerbebrachen hat Vorrang vor der Ausweisung von Gewerbegrundstücken im Außenbereich.
- Die Detmolder Bevölkerung wird umfassend über Planungen und Bauvorhaben, auch unter Einsatz moderner Informationstechnologien, informiert.
- Die Attraktivität der Einkaufsstadt Detmold wird gesteigert, auch durch die Unterstützung privater Initiativen zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels in der Innenstadt.
- Die Aufenthaltsqualität von öffentlichen Freiräumen wird erhalten und verbessert.

<b>Teilergebnisplan</b> <b>Ertrags- und Aufwandsarten in €</b>	<b>Ergebnis</b> <b>2013</b>	<b>Ansatz</b> <b>2014</b>	<b>Ansatz</b> <b>2015</b>	<b>Planung</b> <b>2016</b>	<b>Planung</b> <b>2017</b>	<b>Planung</b> <b>2018</b>
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	69.842,20	613.623	455.096	579.206	267.956	167.284
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	514.089,90	363.400	368.400	368.400	368.400	368.400
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.776,00	400	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	32.040,77	32.200	41.200	41.200	41.200	41.200
+ Sonstige ordentliche Erträge	462.612,78	16.100	58.100	58.100	58.100	58.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	99.908,25	84.000	83.000	93.000	83.000	83.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>1.180.269,90</b>	<b>1.109.723</b>	<b>1.006.196</b>	<b>1.140.306</b>	<b>819.056</b>	<b>718.384</b>
- Personalaufwendungen	3.209.492,56	3.245.498	3.373.505	3.394.545	3.428.471	3.462.664
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	188.774,65	544.850	233.450	442.150	237.150	112.150
- Bilanzielle Abschreibungen	17.247,23	16.790	15.635	14.257	13.270	10.583
- Transferaufwendungen	267.043,23	478.683	585.903	476.753	333.553	334.503
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	70.363,05	76.240	130.840	189.840	64.840	66.340
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>3.752.920,72</b>	<b>4.362.061</b>	<b>4.339.333</b>	<b>4.517.545</b>	<b>4.077.284</b>	<b>3.986.240</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-2.572.650,82</b>	<b>-3.252.338</b>	<b>-3.333.137</b>	<b>-3.377.239</b>	<b>-3.258.228</b>	<b>-3.267.856</b>
+ Finanzerträge	7.277,03	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.700,00	0	0	0	0	0
<b>= Finanzergebnis</b>	<b>-5.422,97</b>	<b>6.500</b>	<b>6.500</b>	<b>6.500</b>	<b>6.500</b>	<b>6.500</b>
<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-2.578.073,79</b>	<b>-3.245.838</b>	<b>-3.326.637</b>	<b>-3.370.739</b>	<b>-3.251.728</b>	<b>-3.261.356</b>
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	17.410,17	11.000	6.000	6.000	6.000	6.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	508.299,69	476.914	506.988	512.714	521.401	527.714
<b>= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-490.889,52</b>	<b>-465.914</b>	<b>-500.988</b>	<b>-506.714</b>	<b>-515.401</b>	<b>-521.714</b>
<b>= Ergebnis</b>	<b>-3.068.963,31</b>	<b>-3.711.752</b>	<b>-3.827.625</b>	<b>-3.877.453</b>	<b>-3.767.129</b>	<b>-3.783.070</b>

<b>Teilfinanzplan</b> <b>Ein- und Auszahlungsarten in €</b>	<b>Ergebnis</b> <b>2013</b>	<b>Ansatz</b> <b>2014</b>	<b>Ansatz</b> <b>2015</b>	<b>VE</b> <b>2015</b>	<b>Planung</b> <b>2016</b>	<b>Planung</b> <b>2017</b>	<b>Planung</b> <b>2018</b>
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	63.558,69	608.930	450.340	0	574.450	263.200	163.200
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	521.815,15	363.400	368.400	0	368.400	368.400	368.400
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.069,00	400	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	42.445,45	32.200	41.200	0	41.200	41.200	41.200



<b>Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €</b>	<b>Ergebnis 2013</b>	<b>Ansatz 2014</b>	<b>Ansatz 2015</b>	<b>VE 2015</b>	<b>Planung 2016</b>	<b>Planung 2017</b>	<b>Planung 2018</b>
+ Sonstige Einzahlungen	18.825,50	16.100	18.100	0	18.100	18.100	18.100
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	7.200,13	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>654.913,92</b>	<b>1.027.530</b>	<b>884.940</b>	<b>0</b>	<b>1.009.050</b>	<b>697.800</b>	<b>597.800</b>
- Personalauszahlungen	2.891.255,44	2.982.867	3.139.303	0	3.170.745	3.202.433	3.234.366
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	28.882,68	542.850	230.750	0	439.450	234.450	109.450
- Transferauszahlungen	276.982,23	493.127	600.347	0	491.197	333.553	334.503
- Sonstige Auszahlungen	74.088,71	76.240	130.840	0	189.840	64.840	66.340
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>3.271.209,06</b>	<b>4.095.084</b>	<b>4.101.240</b>	<b>0</b>	<b>4.291.232</b>	<b>3.835.276</b>	<b>3.744.659</b>
<b>= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-2.616.295,14</b>	<b>-3.067.554</b>	<b>-3.216.300</b>	<b>0</b>	<b>-3.282.182</b>	<b>-3.137.476</b>	<b>-3.146.859</b>
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	409.670,00	155.000	8.000	0	8.000	8.000	8.000
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	78.123,98	16.800	11.800	0	11.800	11.800	11.800
<b>= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>487.793,98</b>	<b>171.800</b>	<b>19.800</b>	<b>0</b>	<b>19.800</b>	<b>19.800</b>	<b>19.800</b>
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.105.957,03	205.000	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	23.978,50	3.000	9.800	0	3.800	3.800	3.800
<b>= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.129.935,53</b>	<b>208.000</b>	<b>9.800</b>	<b>0</b>	<b>3.800</b>	<b>3.800</b>	<b>3.800</b>
<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-642.141,55</b>	<b>-36.200</b>	<b>10.000</b>	<b>0</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>	<b>16.000</b>
<b>= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit</b>	<b>-3.258.436,69</b>	<b>-3.103.754</b>	<b>-3.206.300</b>	<b>0</b>	<b>-3.266.182</b>	<b>-3.121.476</b>	<b>-3.130.859</b>
<b>= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit</b>	<b>-3.258.436,69</b>	<b>-3.103.754</b>	<b>-3.206.300</b>	<b>0</b>	<b>-3.266.182</b>	<b>-3.121.476</b>	<b>-3.130.859</b>

### Kurzbeschreibung

- Informelle Planungen, Konzepte und Zielformulierungen für die zukünftige räumliche Entwicklung der Gesamtstadt und ihrer Teilbereiche.
- Flächennutzungsplanung auf der Grundlage der geplanten städtebaulichen Entwicklung als vorbereitender Bauleitplan für das gesamte Stadtgebiet mit Darstellung der beabsichtigten Bodennutzung
  - Bebauungspläne als verbindliche Bauleitpläne und städtebauliche Satzungen für kleinräumige Bereiche des Stadtgebietes mit rechtsverbindlicher Festsetzung für die städtebauliche Ordnung und Bodennutzung.
- Schalltechnische Gutachten, Lärminderungspläne
- Betreuung passiver Lärmschutzmaßnahmen
- Steuerung der Stadterhaltung und -gestaltung im Sinne der erhaltenden Stadterneuerung durch Ortssatzungen, Rahmenpläne, Beratungen, Förderungen, Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit

### Ziele

Die Städtebauliche Planung soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.

Sie soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestaltung und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln (§ 1 Abs. 5 BauGB).

Die Siedlungsfläche des Detmolder Stadtgebietes soll im Rahmen der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung entwickelt werden.

### Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch,  
 sonstige Fachgesetze,  
 Ratsbeschlüsse,  
 Beschlüsse des Fachausschusses,  
 Prioritätenliste Bauleitplanung,  
 Vorgaben der Verwaltungsführung

### Zielgruppe

Alle Bürger/innen, Grundstückseigentümer und -nutzer, Vorhabenträger,  
 durch Lärmimmissionen Betroffene, Architekten und Planer, politische und andere gesellschaftliche Gruppierungen, Institutionen und Behörden,  
 Eigentümer, Mieter u. Pächter v. Gebäuden im Bereich v. Satzungen, v. erhaltenswerten Gebäuden, v. kulturlandschaftsprägenden Gebäuden und von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	9,57	9,52	10,75	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Änderung des Flächennutzungsplanes	Anz.	4	4	4	–	–	–
Beratungen und Stellungnahmen	Anz.	51	50	50	–	–	–
Projekt Hohenloh Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	50	50	50	–	–	–
Beratung von Nutzungsinteressenten	Std.	152	150	150	–	–	–
Bearbeitung von Bebauungsplänen	Anz.	56	60	60	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Satzungen gem. § 34 BauGB und § 35 BauGB	Anz.	0	1	1	-	-	-
Betreuung Vorhaben- und Erschließungspläne	Anz.	4	3	5	-	-	-
Betreuung Bebauungspläne Dritter	Anz.	7	5	5	-	-	-
städtebauliche Verträge	Anz.	4	6	5	-	-	-
städtebauliche Rahmenpläne, Konzepte und Gutachten	Anz.	28	15	30	-	-	-
Anzahl der schalltechnischen Gutachten	Anz.	18	12	15	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	725.640	745.500	825.000	-	-	-
Anzahl aktuell in Bearbeitung befindlicher Bebauungsplan- und Satzungsverfahren	Anz.	75	79	80	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	94	85	85	-	-	-
ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr	€	11.000.000	40.000.000	60.000.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.415,11	399.450	156.690	275.650	159.650	58.990
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	432,45	500	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.485,87	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	2.005,00	0	0	0	0	0
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>27.338,43</b>	<b>414.950</b>	<b>172.190</b>	<b>291.150</b>	<b>175.150</b>	<b>74.490</b>
- Personalaufwendungen	730.783,72	757.082	834.500	842.600	850.800	859.200
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.199,74	520.250	196.550	345.250	200.250	75.250
- Bilanzielle Abschreibungen	9.373,05	8.620	8.630	7.830	7.640	5.150
- Transferaufwendungen	1.533,88	9.300	9.300	9.300	9.300	9.300
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.947,80	13.920	14.020	14.020	14.020	15.520
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>759.838,19</b>	<b>1.309.172</b>	<b>1.063.000</b>	<b>1.219.000</b>	<b>1.082.010</b>	<b>964.420</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-732.499,76</b>	<b>-894.222</b>	<b>-890.810</b>	<b>-927.850</b>	<b>-906.860</b>	<b>-889.930</b>
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.600,00	0	0	0	0	0
<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-735.099,76</b>	<b>-894.222</b>	<b>-890.810</b>	<b>-927.850</b>	<b>-906.860</b>	<b>-889.930</b>
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	112.571,50	108.790	107.110	108.350	110.190	111.540
<b>= Ergebnis</b>	<b>-847.671,26</b>	<b>-1.003.012</b>	<b>-997.920</b>	<b>-1.036.200</b>	<b>-1.017.050</b>	<b>-1.001.470</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.960,00	398.000	155.240	0	274.200	158.200	58.200
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	376,20	500	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.485,87	15.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>23.822,07</b>	<b>413.500</b>	<b>170.740</b>	<b>0</b>	<b>289.700</b>	<b>173.700</b>	<b>73.700</b>
- Personalauszahlungen	711.050,33	742.765	819.700	0	827.700	835.800	844.100
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.199,74	520.250	196.550	0	345.250	200.250	75.250
- Transferauszahlungen	13.972,88	23.744	23.744	0	23.744	9.300	9.300
- Sonstige Auszahlungen	11.043,20	13.920	14.020	0	14.020	14.020	15.520

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	743.266,15	1.300.679	1.054.014	0	1.210.714	1.059.370	944.170
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-719.444,08	-887.179	-883.274	0	-921.014	-885.670	-870.470

### Erläuterungen

Das Produkt "Städtebauliche Planung" beinhaltet die Bereiche "Stadtplanerische Leistungen" und "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege". Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsberichtes unter 1.1 "Städtebauliche Planungen" dargestellt.

Die lange vakante Stelle im Team 6.1 Stadtplanerische Leistungen ist seit Januar 2015 wiederbesetzt.

Das im Jahr 2013 von Verwaltung und Politik zum Abschluss gebrachte "Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Detmold" (ISEK) bildet eine wichtige Grundlage für die Arbeitsschwerpunkte des Produkts Städtebauliche Planungen. Viele der dort aufgeführten Maßnahmen werden auch im Jahr 2015 interdisziplinär team- und fachbereichsübergreifend abgearbeitet.

Das Team Städtebauliche Planungen wird sich hierbei sehr intensiv mit folgenden Maßnahmen befassen:

- Rahmenplanung und Bauleitplanung für die Folgenutzung der britischen Wohnsiedlungen
- Handlungskonzept "Förderung des Wohnens im historischen Stadtkern"
- Pilotprojekt Wohnen in der historischen Innenstadt
- Modernisierung und Instandsetzung privater Gebäude zur Nutzung für Wohnen sowie zur Nutzung für Dienstleistungen und Gewerbe
- Profilierung und Standortaufwertung
- Brachflächenaktivierung
- Rahmenplanung "zukunftsfähiger Einzelhandel im historischen Stadtkern".

Die hier genannten Aufgaben sind größtenteils über einen Zeitraum von mehreren Jahren angelegt. Jede einzelne Aufgabe setzt hierbei in 2015 weitere eigenständige politische Beschlüsse voraus.

Über diese aus dem ISEK resultierenden Aufgaben hinaus wird das Team im Jahr 2015 voraussichtlich folgende Arbeitsschwerpunkte setzen:

Bereich "Stadtplanerische Leistungen"

- Schaffung von Planungsrecht durch Bebauungspläne entsprechend der vom Ausschuss für Stadtentwicklung festgelegten Prioritätenliste und ihrer Ergänzung für Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Sondernutzungen.
- Aktiver Stadtbau brachgefallener Siedlungsflächen u. a. durch die Betreuung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen (Branchenrevitalisierung)
- Überarbeitung der Detmolder Gewerbegebiete zur gezielten Vorbereitung gewerblicher Investitionen
- Zukunftsorientierte Steuerung und Entwicklung des Einzelhandels in der Gesamtstadt auf der Grundlage des städtebaulichen Einzelhandelskonzeptes: Aufzeigen und Durchsetzen von Entwicklungsperspektiven in der Innenstadt und in den Ortsteilen, Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche
- Überarbeitung des Flächennutzungsplanes zum Thema Windkraftanlagen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- Einbeziehung des Demografischen Wandels in die konzeptionelle Stadtentwicklung
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Optimierung des Städtebaus im Sinne der CO<sub>2</sub>-Reduzierung
- die weitere Entwicklung im Projekt Hohenloh

Das genannte Arbeitsspektrum wird sich im Verlauf des Jahres ändern, da erfahrungsgemäß die Arbeitsplanung durch Beschlüsse der politischen Gremien beeinflusst wird. Zum anderen ist die Verwaltung bemüht, auf Bauleitplanungserfordernisse bei dringendem Bedarf flexibel zu reagieren.

Neu in die Mittelanmeldung 2014-2017 aufgenommen wurden jährlich 6.200 € Landeszuwendung und 7.750 € Mitgliedsbeitrag für das Deutsch-Österreichische URBAN Netzwerk (städtischer Eigenanteil 1.550 €). Die Stadt Detmold ist Mitglied im URBAN-Netzwerk, um neben dem Erfahrungsaustausch mit den anderen Mitgliedsstädten in der kommenden Förderperiode direkt EU-Strukturfördermittel beantragen zu können.

Hinweis: Der Deckungsgrad "Aufwand zu Leistung nach HOAI" wird auf Grundlage der Leistungsebene "Stadtplanerische Leistungen" ermittelt (vor NKF bis 2007: "Center für Stadtplanerische Leistungen").

Hinweis: Die o. g. Kennzahl "ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr" wird sich auch im Planjahr 2015 voraussichtlich auf einem weiterhin hohen Niveau bewegen, weil durch die Bauleitplanungen im Rahmen des Gewerbegebietes Babrede, der britischen Wohnsiedlungen und der Revitalisierung des Bundeswehrkrankenhauses große Investitionen vorbereitet werden.

Darüber hinaus wird die auf Langfristigkeit angelegte Stadtentwicklung wieder stärker in den Focus der Stadtplanung rücken. Im Rahmen des demografischen Wandels gilt es, Detmold weiter attraktiv zu gestalten und fit für die Zukunft zu machen. Hierbei wird es nicht ausreichen, neue Flächen für Entwicklungsperspektiven anzubieten. Vielmehr müssen überkommene Strukturen wieder mit Leben gefüllt oder zukunftsfähig weiter entwickelt werden. Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Erholung gilt es aufeinander abzustimmen und zu optimieren.

Bereich "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege"

Beratungen erfolgen in der Regel auf Veranlassung der Ratsuchenden (Bauherren, Architekten, Handwerker) telefonisch, mündlich oder vor Ort, je nach Schwierigkeitsgrad auch mehrmals in einer Sache. Der Zeitaufwand ist sehr unterschiedlich. Telefonische Auskünfte dauern manchmal wenige Minuten, komplexe Vorhaben erfordern nicht selten mehrere Stunden.

Stellungnahmen sind gefordert bei Anträgen nach der Gestaltungssatzung und der Erhaltungssatzung, bei Maßnahmen im Geltungsbereich des Programms "Historischer Stadtkern", bei Maßnahmen an kulturlandschaftsprägenden Gebäuden sowie Maßnahmen an erhaltenswerten Objekten im gesamten Stadtgebiet. Mit Stellungnahmen sind eingehende Prüfungen, häufig auch koordinierende Besprechungen verbunden. Stellungnahmen erfolgen schriftlich und erfordern einen hohen Zeitaufwand.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne werden verschiedene Publikationen auf regionaler Ebene und auf Landesebene gemeinschaftlich gestaltet und herausgegeben.



### Kurzbeschreibung

- Aufbau, Bereitstellung und Nutzung von Datenbasen für raumbezogene Informationsverarbeitung (Geodatenmanagement)
- Vermessungstechnische Leistungen für Planungen und Entwürfe von Gebäuden, Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen sowie für das Übertragen der Projektgeometrie in der Örtlichkeit und an Objekten außerhalb der Entwurfs- und Bauphase
- nicht objektgebundene Flächenvermessung für Freianlagen und Bebauungspläne im Zusammenhang mit städtebaulichen und landschaftsplanerischen Leistungen einschließlich der Auswertungen

### Ziele

- Schnelle, umfassende und aktuelle Verfügbarkeit von Geodaten, -fachdaten und -informationen als Grundlage von Verwaltungsentscheidungen
- Modernisierung der Verwaltung durch Optimierung von Arbeitsbedingungen und -abläufen.
- Bürger durch Veröffentlichungen im Internet bei Verwaltungsentscheidungen einfacher zu beteiligen.
- Vermarktung von Nutzungsrechten an kommunalen Geodaten über das Internet.
- Bereitstellung von Planungs- und Entwurfsgrundlagen für öffentliche Bauvorhaben und Übertragung der Bauwerksgeometrie in die Örtlichkeit unter Berücksichtigung planungs- u. baurechtlicher Aspekte.

### Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Beschlüsse des Fachausschusses Stadtentwicklung, Vereinbarungen mit dem Kreis Lippe, Vermessungs- und Katastergesetz, Planzeichenverordnung für Bauleitpläne

### Zielgruppe

Alle technischen und nichttechnischen Fachbereiche, Bereiche und Projekte der Stadtverwaltung DT, die raumbezogene Informationen erfassen, präsentieren, speichern, analysieren und modellieren wie Städtebau, Landschaftsbau, Statistik, Liegenschaften, Kanalbau, Tief- und Hochbau, Umwelt, Bürger und Kunden  
 Entwurfsingenieure der Fachbereiche bzw. von der Stadt Detmold beauftragte Ingenieurbüros, baudurchführende Firmen

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	6,57	6,57	6,57	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Aufwand Geodateninfrastruktur (GDI) Web-Gis	-	–	–	–	–	–	–
Systementwicklung, -pflege und -administration	Std.	1.509	1.000	1.000	–	–	–
Datenerfassung, -pflege und -übernahme	Std.	–	300	200	–	–	–
Statistik Geodatenportal	-	–	–	–	–	–	–
Anzahl der Fachthemen	Anz.	164	128	135	0	0	0
- davon Geobasisdaten	Anz.	98	10	10	–	–	–
- davon Geofachdaten	Anz.	58	69	72	–	–	–
- davon Fachanwendungen	Anz.	8	49	53	–	–	–
aktive Anwender im Intranet	Anz.	191	190	200	–	–	–
Zugriffe auf Geodatenportal Intranet	Anz.	572.786	600.000	620.000	–	–	–
Zugriffe auf Geodatenportal Internet	Anz.	472.335	475.000	550.000	–	–	–
Veränderung der Zugriffe gegenüber dem Vorjahr (Intranet)	%	1	5	5	–	–	–
Aufwand Grafisches Informationssystem (GIS) und Geodatenmanagement (GDM)	-	–	–	–	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Projekte Objektvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Hochbau	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Ingenieurbau	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Straßenbau / Kanalbau	Anz.	15	15	10	-	-	-
- Gewässer	Anz.	0	4	4	-	-	-
- sonstige	Anz.	31	20	20	-	-	-
Datenerfassung, -pflege, -analyse, -aufbereitung, -abgabe, -übernahme	Std.	2.014	2.500	2.500	-	-	-
Projekte Flächenvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Bebauungsplan	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Landschaftsplan	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Sonstige	Anz.	0	3	3	-	-	-
Anzahl der bearbeiteten GIS-Projekte	Anz.	-	15	20	-	-	-
Erstellung von Planungsgrundlagen und Objektplanungen	-	-	-	-	-	-	-
Planungsgrundlagen insgesamt	Anz.	30	20	27	0	0	0
- davon BPL-Festlegungsrisse	Anz.	3	4	2	-	-	-
- davon FNP-Änderungen / Berichtigungen	Anz.	3	2	2	-	-	-
- davon Straßen- und Kanalentwurfsgrundlagen	Anz.	11	8	8	-	-	-
- davon Sonstige	Anz.	13	6	15	-	-	-
Systempflege und Betreuung GIS-Arbeitsplätze	Std.	-	1.000	200	-	-	-
Anzahl der GIS-Arbeitsplätze	Anz.	17	17	25	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Zugriffe im Geodatenportal	Anz.	1.045.121	1.075.000	1.170.000	-	-	-
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI und VermWertGebO NRW (Entwurfs- u. Bauvermessung)	€	136.682	120.000	120.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI und VermWertGebO NRW	%	55	45	45	-	-	-
Anzahl der Beschwerden	Anz.	0	5	5	-	-	-
Kosten pro Zugriff im Geodaten-Portal	€	-	0,07	0,05	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.978,47	2.250	2.250	2.250	2.250	2.250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.300,50	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
+ Aktivierte Eigenleistungen	49.721,13	49.000	49.000	49.000	49.000	49.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>61.000,10</b>	<b>58.750</b>	<b>58.750</b>	<b>58.750</b>	<b>58.750</b>	<b>58.750</b>
- Personalaufwendungen	470.140,38	489.450	484.800	489.700	494.500	499.500
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.755,01	5.200	4.800	4.800	4.800	4.800
- Bilanzielle Abschreibungen	5.581,26	6.390	6.400	5.820	5.030	4.830
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.829,06	5.650	6.350	6.350	6.350	6.350
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>482.305,71</b>	<b>506.690</b>	<b>502.350</b>	<b>506.670</b>	<b>510.680</b>	<b>515.480</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-421.305,61</b>	<b>-447.940</b>	<b>-443.600</b>	<b>-447.920</b>	<b>-451.930</b>	<b>-456.730</b>
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.587,00	5.000	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	65.135,48	59.830	65.485	66.146	67.305	68.065
<b>= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-63.548,48</b>	<b>-54.830</b>	<b>-65.485</b>	<b>-66.146</b>	<b>-67.305</b>	<b>-68.065</b>
<b>= Ergebnis</b>	<b>-484.854,09</b>	<b>-502.770</b>	<b>-509.085</b>	<b>-514.066</b>	<b>-519.235</b>	<b>-524.795</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	17.663,00	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>17.663,00</b>	<b>7.500</b>	<b>7.500</b>	<b>0</b>	<b>7.500</b>	<b>7.500</b>	<b>7.500</b>
- Personalauszahlungen	457.520,22	481.950	477.000	0	481.800	486.500	491.400
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.820,80	5.200	4.800	0	4.800	4.800	4.800
- Sonstige Auszahlungen	3.760,25	5.650	6.350	0	6.350	6.350	6.350
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>464.101,27</b>	<b>492.800</b>	<b>488.150</b>	<b>0</b>	<b>492.950</b>	<b>497.650</b>	<b>502.550</b>
<b>= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-446.438,27</b>	<b>-485.300</b>	<b>-480.650</b>	<b>0</b>	<b>-485.450</b>	<b>-490.150</b>	<b>-495.050</b>
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	23.978,50	0	6.000	0	0	0	0
<b>= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>23.978,50</b>	<b>0</b>	<b>6.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit</b>	<b>-470.416,77</b>	<b>-485.300</b>	<b>-486.650</b>	<b>0</b>	<b>-485.450</b>	<b>-490.150</b>	<b>-495.050</b>

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
<b>Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze</b>									
<b>= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>6,0</b>	<b>0,0</b>	<b>24,0</b>	<b>0,0</b>	<b>6,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Saldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-6,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-24,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-6,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

#### Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2015 unter 1.2 Geoinformationen ausführlich dargestellt. Die Leistungsdaten des Produkts wurden für das vergangene Planjahr 2014 überarbeitet (bessere Reihenfolge, Struktur sowie Layout) und ergänzt. Daher liegen für einzelne Leistungsdaten keine Ist-Zahlen für 2013 vor.

Im Frühjahr 2015 soll die Wiederbesetzung einer aufgrund Rentenbeginns freierwerdenden Stelle mit einem Vermessungsingenieur erfolgen.





### Kurzbeschreibung

Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft in Detmold; insbes. Erfassung und Bewertung von Eingriffen (vor allem im Rahmen der Bauleitplanung); Planung und Betreuung der erforderlichen Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen; Freiraumplanung für die gesamtstädtische Grün- u. Freiflächenversorgung; fachliche Stellungnahmen zur Bauleitplanung sowie grundlegenden baulichen Maßnahmen im Hoch-, Tief- und Sportplatzbau; Planung und Bau von Freiflächenobjekten; Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei extern beauftragten Landschaftsarchitekten für die Erstellung von Freiflächenobjekten

### Ziele

Natur- und landschaftsschonende und insgesamt umweltverträgliche Stadtentwicklung; Kompensation für unvermeidliche Eingriffe in Natur und Landschaft; Sicherung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Grün- und Freiflächenversorgung

### Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, BauGB, BauO NRW, diverse Fachplanungsgesetze, Fachausschuss- u. Ratsbeschlüsse

### Zielgruppe

Bürger/innen der Stadt Detmold, insbes. Planer sowie Träger von Maßnahmen, die Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,57	1,92	2,57	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Nicht abrechnungsfähige Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
- Stellungnahmen/Beratungen	Anz.	0	0	0	-	-	-
Landschaftspflege und -planung	-	0	-	-	-	-	-
Stellungnahmen/Beratungen etc.	Anz.	58	60	0	-	-	-
Landschaftsplanerischer Fachbeitrag	Anz.	0	0	-	-	-	-
Umweltbericht	Anz.	3	2	2	-	-	-
Realisierte Ausgleichsmaßnahmen	Anz.	2	1	1	-	-	-
Betreute Projekte	Anz.	8	10	10	-	-	-
Grünordnungs- und Freiraumplanung für:	-	-	-	-	-	-	-
- Kanal-, Tief- und Straßenbau	€	0	0	0	-	-	-
- Schul- und Sportanlagen	€	12.000	10.800	22.900	-	-	-
- Freianlagen an öffentlichen Gebäuden	€	6.954	0	0	-	-	-
- Spielplätze, Grün- und sonstige Freianlagen	€	44.123	38.500	30.100	-	-	-
- Bauleitplanung	€	5.095	5.000	5.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	68.172	54.300	58.000	-	-	-
Investitionsvolumen der aktuell in Bearbeitung befindlichen Projekte	€	2.494.000	2.440.000	2.075.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	56	32	31	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Herrichtung von Flächen für Freizeit und Erholung in m <sup>2</sup>	qm	12.000	42.600	16.700	-	-	-
Ökologische Aufwertung von Flächen (Kompensationsflächen) in m <sup>2</sup>	qm	5.700	20.000	15.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	409,76	600	600	48.600	600	600
+ Aktivierte Eigenleistungen	47.453,95	30.000	30.000	40.000	30.000	30.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>47.863,71</b>	<b>30.600</b>	<b>30.600</b>	<b>88.600</b>	<b>30.600</b>	<b>30.600</b>
- Personalaufwendungen	158.880,49	158.783	182.881	171.909	173.572	175.251
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	0	60.000	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	409,76	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.604,95	7.800	2.900	2.900	2.900	2.900
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>168.895,20</b>	<b>166.583</b>	<b>185.781</b>	<b>234.809</b>	<b>176.472</b>	<b>178.151</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-121.031,49</b>	<b>-135.983</b>	<b>-155.181</b>	<b>-146.209</b>	<b>-145.872</b>	<b>-147.551</b>
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	15.823,17	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.143,80	24.080	24.670	24.960	25.390	25.710
<b>= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-9.320,63</b>	<b>-21.080</b>	<b>-21.670</b>	<b>-21.960</b>	<b>-22.390</b>	<b>-22.710</b>
<b>= Ergebnis</b>	<b>-130.352,12</b>	<b>-157.063</b>	<b>-176.851</b>	<b>-168.169</b>	<b>-168.262</b>	<b>-170.261</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	48.000	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	17,77	0	0	0	0	0	0
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>17,77</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>48.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
- Personalauszahlungen	110.188,51	112.100	168.463	0	170.109	171.772	173.451
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	0	0	60.000	0	0
- Sonstige Auszahlungen	9.533,20	7.800	2.900	0	2.900	2.900	2.900
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>119.721,71</b>	<b>119.900</b>	<b>171.363</b>	<b>0</b>	<b>233.009</b>	<b>174.672</b>	<b>176.351</b>
<b>= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-119.703,94</b>	<b>-119.900</b>	<b>-171.363</b>	<b>0</b>	<b>-185.009</b>	<b>-174.672</b>	<b>-176.351</b>
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	398.270,00	150.000	0	0	0	0	0
<b>= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>398.270,00</b>	<b>150.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.105.957,03	205.000	0	0	0	0	0
<b>= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.105.957,03</b>	<b>205.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-707.687,03</b>	<b>-55.000</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit</b>	<b>-827.390,97</b>	<b>-174.900</b>	<b>-171.363</b>	<b>0</b>	<b>-185.009</b>	<b>-174.672</b>	<b>-176.351</b>

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
<b>W09096000 Parklandsch.Friedrichstal,2.BA,Zuwd.Ld.u.Baumaßnahme,Inanspruchnahme erst nach Ratsbeschl.</b>									
<b>= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>398,3</b>	<b>150,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	1.088,3	190,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo W09096000	0,0	0,0	-690,1	-40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze</b>									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	17,6	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-707,7	-55,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

#### Erläuterungen

Das Produkt Grün- u. Freiraumplanung beinhaltet die Grünordnungsplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Grün- und Freiflächen stehen, werden mit anderen Beteiligten (Fachbereiche, Bauträger, sonstige Dritte) abgestimmt und betreut (Leistungen nach HOAI).

Darüber hinaus wird die nach der Novellierung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) im Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahren durchzuführende Umweltprüfung als umfassendes Prüfverfahren bearbeitet. Für einige Planverfahren entfällt nach der Novellierung des Baugesetzbuches zur Beschleunigung von Planvorhaben das Erfordernis eines förmlichen Umweltberichts (§ 13a BauGB). Damit sinken die insoweit darzustellenden HOAI-Leistungen im Bereich Bauleitplanung. Dafür werden vermehrt entsprechende interne, umfassende Beratungen und Stellungnahmen für die Bauleitplanung erforderlich sein, die nicht entsprechend als HOAI-Leistungen beziffert werden. Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2015 unter 1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung ausführlich dargestellt.

Die Wiederbesetzung der infolge von Altersteilzeit vakant werdenden Stelle im Produkt Grünordnungs- und Freiraumplanung wird vorbereitet und ist für das erste Quartal 2015 geplant.



### Kurzbeschreibung

- Planungsrechtliche Auskünfte
- Prüfung des Antrages
- Genehmigung zur öffentlich-rechtlichen Freigabe von Bauvorhaben und Nutzungen, Zurückstellung oder Anhörung
- Bauüberwachung, Rohbau- und Fertigbauabnahme
- Überprüfungen vorhandener baulicher Anlagen
- Prüfung der Erschließung / Entwässerung in planungs- und baurechtlicher Hinsicht
- Prüfung und Aufstellung von Statiken,
- Beratung der Bauherrn, Architekten und städtischen Einrichtungen in statischer Hinsicht

### Ziele

Sicherstellung der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Anordnungen bei der Errichtung, der Änderung, dem Abbruch, der Nutzung, der Nutzungsänderung sowie der Instandhaltung baulicher Anlagen (§ 61 BauO NRW) unter Berücksichtigung einer bürgernahen und schnellen Bearbeitung der eingereichten Anträge.

### Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), weitere Verordnungen und örtliche Satzungen, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW), Straßen- und Wassergesetze, Entwässerungssatzung, Verwaltungsvorschriften

### Zielgruppe

Private, öffentliche oder gewerbliche Bauherren, Bauinteressenten

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	13,49	13,49	13,14	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Überprüfung ungenehmigter Anlagen	Anz.	31	150	100	-	-	-
Wiederkehrende Prüfungen	Anz.	15	30	30	-	-	-
Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkarten- und Katasterbuchwerk	Anz.	177	250	200	-	-	-
Prüfung von statischen Berechnungen, Bewehrungsplänen und Nachträgen	Anz.	9	10	10	-	-	-
Erstellung von Statiken	Anz.	8	10	10	-	-	-
Gewerbelotse Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	395	400	400	-	-	-
Beratung Interessenten für gewerbliche Bauvorhaben	Std.	405	400	400	-	-	-
Kundenkontakte	Anz.	153	150	150	-	-	-
Gesamtinvestitionsvolumen	Anz.	2.329.896	50.000.000	40.000.000	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, extern	Anz.	3.700	3.500	3.500	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, intern	Anz.	185	150	150	-	-	-
Stellungnahmen (FB 5, Solaranlagen, Gutachterausschuss u.a.)	Anz.	172	100	100	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Vorbescheid	Anz.	81	80	80	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 63	Anz.	79	70	75	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 68 (vereinfachtes Verfahren)	Anz.	363	500	450	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Anträge auf Freistellung nach § 67	Anz.	23	50	40	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Gesamtanzahl der bauordnungsrechtlichen Bescheide	Anz.	969	1.300	1.205	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit eines Baugenehmigungsverfahrens, allg.	Tg.	3,98	10,00	10,00	-	-	-
Genehmigungsquote (genehmigte Bescheide / eingereichte Anträge)	%	71	65	69	-	-	-
Quote erfolgreicher Klagen gegen die Stadt Detmold / Gesamtanzahl der bauordnungsrechtl. Bescheide	%	0,31	0,15	0,25	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Genehmigungsgebühren	%	34	26	25	25	24	24
Laufzeit eines Gewerbeantrages netto	Tg.	20,58	10,00	10,00	-	-	-
durchschnittliche Anzahl Anträge / Stelle	Anz.	162	217	201	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	185,63	193	196	196	196	184
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	464.378,02	311.500	311.500	311.500	311.500	311.500
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	514,00	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	127,42	100	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	397.140,00	0	0	0	0	0
+ Aktivierte Eigenleistungen	2.733,17	4.000	3.000	3.000	3.000	3.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>865.078,24</b>	<b>315.793</b>	<b>314.796</b>	<b>314.796</b>	<b>314.796</b>	<b>314.784</b>
- Personalaufwendungen	1.005.891,84	1.008.927	1.047.490	1.058.277	1.069.193	1.079.938
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	175.494,47	9.000	11.700	11.700	11.700	11.700
- Bilanzielle Abschreibungen	267,97	240	245	247	240	243
- Transferaufwendungen	360,00	360	360	360	360	360
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.335,50	12.500	12.600	12.600	12.600	12.600
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>1.195.349,78</b>	<b>1.031.027</b>	<b>1.072.395</b>	<b>1.083.184</b>	<b>1.094.093</b>	<b>1.104.841</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-330.271,54</b>	<b>-715.234</b>	<b>-757.599</b>	<b>-768.388</b>	<b>-779.297</b>	<b>-790.057</b>
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	177.027,08	162.874	177.003	178.988	182.116	184.309
<b>= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-177.027,08</b>	<b>-160.874</b>	<b>-175.003</b>	<b>-176.988</b>	<b>-180.116</b>	<b>-182.309</b>
<b>= Ergebnis</b>	<b>-507.298,62</b>	<b>-876.108</b>	<b>-932.602</b>	<b>-945.376</b>	<b>-959.413</b>	<b>-972.366</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	472.093,26	311.500	311.500	0	311.500	311.500	311.500
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	534,00	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	151,83	100	100	0	100	100	100
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>472.779,09</b>	<b>311.600</b>	<b>311.600</b>	<b>0</b>	<b>311.600</b>	<b>311.600</b>	<b>311.600</b>
- Personalauszahlungen	846.512,74	858.719	895.406	0	904.577	913.855	922.940
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.531,74	7.500	9.500	0	9.500	9.500	9.500
- Transferauszahlungen	360,00	360	360	0	360	360	360
- Sonstige Auszahlungen	13.177,78	12.500	12.600	0	12.600	12.600	12.600

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	870.582,26	879.079	917.866	0	927.037	936.315	945.400
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-397.803,17	-567.479	-606.266	0	-615.437	-624.715	-633.800
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	2.500	3.300	0	3.300	3.300	3.300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	2.500	3.300	0	3.300	3.300	3.300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-397.803,17	-569.979	-609.566	0	-618.737	-628.015	-637.100

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
<b>Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze</b>									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4,4	0,0	0,0	2,5	3,3	0,0	3,3	3,3	3,3
Saldo Investitionstätigkeit	-4,4	0,0	0,0	-2,5	-3,3	0,0	-3,3	-3,3	-3,3

### Erläuterungen

Das Produkt "Bauordnung und Bauaufsicht" wurde aus den bisherigen Produkten "Vor- und Baubescheide" und "Statikprüfung" gebildet. Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des "Gewerbelotsen", die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

- Die Tätigkeit des Gewerbelotsen hat das Ziel, die Weiterentwicklung des Gewerbes in Detmold zu fördern und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen. Außerdem trägt der Gewerbelotse durch die Recherche und Dokumentation von Gewerbeflächen in dem Gewerbeflächenkataster zu einer Förderung des Recyclings von Brachflächen bei und verbessert dadurch auch die Informationsbasis für Standortsuchende.

- Eine Allgemeine Bauberatung (z. B. zu bautechnischen oder bauordnungsrechtlichen Fragen) wird seit 2004 aufgrund des Personalabbaues nicht mehr angeboten. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben müssen jedoch planungsrechtliche Auskünfte zur Bebaubarkeit von Grundstücken, zu Festsetzungen von Bebauungsplänen oder zu den notwendigen Genehmigungsverfahren weiterhin erteilt werden. Bei weitergehenden Fragen von Bürgern wird auf die im Baubereich tätigen Architekten verwiesen.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2015 unter 1.4 Bauordnung und Bauaufsicht dargestellt.

Seit Dezember 2014 ist vakante Stelle im Team 6.3 Bauaufsicht und Bauordnung wiederbesetzt.





### Kurzbeschreibung

Erteilen von Bauordnungsverfügungen (u. a. Ablehnungen von Anträgen), Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln, Einleiten von Bußgeldverfahren, Festsetzen von Bußgeldern, Klageverfahren

Führen des Baulastenverzeichnisses

Ausübung bzw. Negativbescheinigungen bei Vorkaufsrechten, Genehmigung bzw. Ablehnung von Grundstücksteilungen, Benennung von Straßen und Plätzen, Festsetzung von Hausnummern für bebaute Grundstücke

### Ziele

- Verwaltungsrechtliche Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Planungs- und Bauordnungsrechts.
- Durch eine bürgernahe und transparente Beratung wird angestrebt, die Zahl der Klagen und ablehnenden Bescheide zu verringern.
- Erstellung eines digitalen Bauarchivs.

### Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), Denkmalschutzgesetz (DSchG), Gesetz ü. d. Schornsteinfegerwesen, Landschaftsgesetz (LG), Ordnungsbehördengesetz (OBG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfg), Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG), Gebührenordnung NRW, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG NRW), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Detmold

### Zielgruppe

Bauherren, Grundstückseigentümer, Grundstückserwerber, Handlungs- oder Zustandsstörer

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	4,62	4,62	4,62	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellplatzablöseverträge	Anz.	2	2	2	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge bez. Baulasten	Anz.	193	230	290	-	-	-
Baulasteintragungen	Anz.	88	100	104	-	-	-
Baulastlöschungen	Anz.	9	10	10	-	-	-
Auskünfte Baulasten	-	-	-	-	-	-	-
- schriftlich	Anz.	83	100	124	-	-	-
- mündlich	Anz.	751	700	848	-	-	-
Fortschreibung Baulasten	Anz.	0	50	0	-	-	-
Stellungnahmen Amtsgericht	Anz.	35	100	58	-	-	-
Ablehnungen von Bauanträgen	Anz.	37	30	26	-	-	-
Beratungen	Anz.	114	120	198	-	-	-
Prüfung Vorkaufsrechte	Anz.	530	450	416	-	-	-
Teilungsgenehmigungen / Zeugnisse (§ 8 BauO NRW)	Anz.	52	50	26	-	-	-
Hausnummernfestsetzungen	Anz.	67	100	92	-	-	-
Hausnummernänderungen	Anz.	0	2	5	-	-	-
Straßenbenennungen	Anz.	0	3	1	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge	Anz.	99	150	150	-	-	-
Ordnungsverfügungen	Anz.	56	60	76	-	-	-
Zwangsgeldfestsetzungen	Anz.	22	20	20	-	-	-
Bußgeldbescheide	Anz.	8	15	4	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der baurechtlichen Klageverfahren gegen die Stadt Detmold, Gesamt	Anz.	20	30	14	-	-	-
Anzahl der verlorenen Klagen	Anz.	3	2	3	-	-	-
Anzahl der abgegebenen Einsprüche	Anz.	1	2	1	-	-	-
Anzahl der stattgegebenen/abgeholfter Einsprüche	Anz.	0	2	1	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der LE nach Kategorie: - Baulasten	Anz.	88	100	104	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Teilungsgenehmigungen	Anz.	52	50	26	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Vorkaufrechte	Anz.	530	450	416	-	-	-
Widersprüche und / oder Klagen / Gesamtzahl der Bescheide	%	1,64	2,46	1,20	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	14	12	15	15	15	15
durchschnittliche Laufzeit Baulasteneintragung	Tg.	13	3	10	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Teilungsgenehmigung	Tg.	16	30	20	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	254,54	200	260	260	260	260
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.225,00	30.000	35.000	35.000	35.000	35.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.715,63	1.000	10.000	10.000	10.000	10.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	16.074,29	10.000	12.000	12.000	12.000	12.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>49.269,46</b>	<b>41.200</b>	<b>57.260</b>	<b>57.260</b>	<b>57.260</b>	<b>57.260</b>
- Personalaufwendungen	287.285,29	292.800	300.600	303.500	306.500	309.500
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.575,43	2.600	12.600	12.600	12.600	12.600
- Bilanzielle Abschreibungen	1.615,19	1.540	360	360	360	360
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.494,99	3.050	3.050	3.050	3.050	3.050
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>292.970,90</b>	<b>299.990</b>	<b>316.610</b>	<b>319.510</b>	<b>322.510</b>	<b>325.510</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-243.701,44</b>	<b>-258.790</b>	<b>-259.350</b>	<b>-262.250</b>	<b>-265.250</b>	<b>-268.250</b>
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.041,19	55.100	55.560	56.300	57.170	57.960
<b>= Ergebnis</b>	<b>-298.742,63</b>	<b>-313.890</b>	<b>-314.910</b>	<b>-318.550</b>	<b>-322.420</b>	<b>-326.210</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.358,00	30.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	5.715,63	1.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000
+ Sonstige Einzahlungen	15.825,50	10.000	12.000	0	12.000	12.000	12.000
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>48.899,13</b>	<b>41.000</b>	<b>57.000</b>	<b>0</b>	<b>57.000</b>	<b>57.000</b>	<b>57.000</b>
- Personalauszahlungen	268.315,24	276.500	283.800	0	286.600	289.500	292.400
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.477,40	2.100	12.100	0	12.100	12.100	12.100
- Sonstige Auszahlungen	2.396,75	3.050	3.050	0	3.050	3.050	3.050
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>272.189,39</b>	<b>281.650</b>	<b>298.950</b>	<b>0</b>	<b>301.750</b>	<b>304.650</b>	<b>307.550</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-223.290,26	-240.650	-241.950	0	-244.750	-247.650	-250.550
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	11.400,00	5.000	8.000	0	8.000	8.000	8.000
<b>= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>11.400,00</b>	<b>5.000</b>	<b>8.000</b>	<b>0</b>	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>	<b>8.000</b>
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	500	500	0	500	500	500
<b>= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>0,00</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>0</b>	<b>500</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>11.400,00</b>	<b>4.500</b>	<b>7.500</b>	<b>0</b>	<b>7.500</b>	<b>7.500</b>	<b>7.500</b>
<b>= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit</b>	<b>-211.890,26</b>	<b>-236.150</b>	<b>-234.450</b>	<b>0</b>	<b>-237.250</b>	<b>-240.150</b>	<b>-243.050</b>

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
<b>Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze</b>									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	11,4	5,0	8,0	0,0	8,0	8,0	8,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
<b>Saldo unterhalb der Wertgrenze</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>11,4</b>	<b>4,5</b>	<b>7,5</b>	<b>0,0</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>
<b>Saldo Investitionstätigkeit</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>11,4</b>	<b>4,5</b>	<b>7,5</b>	<b>0,0</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>	<b>7,5</b>

#### Erläuterungen

Das Produkt "Bau- und Grundstücksservice" wurde mit NKF-Beginn 2008 aus den bisherigen Produkten "Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren", "Baulasten", "Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen" sowie dem Projekt "Digitalisierung Bauarchiv" (separate Leistungsebene bis 2009) gebildet.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2015 unter 1.5 Bau- und Grundstücksservice dargestellt.

Die Ausschreibung zur Wiederbesetzung der Stelle Leitung des Bauarchivs wird vorbereitet.



### Kurzbeschreibung

Beratung und Annahme der Anträge für Wohnraumfördermittel für Neubau-, Erwerbs- und Bestandsinvestitionsmaßnahmen  
 Prüfung der Einkommensverhältnisse und der Familiengröße zur Erteilung der Wohnberechtigung,  
 Prüfung und Feststellung der Netto-Kaltmiete nach Berechnungsrecht

### Ziele

Nachfrageorientierte Versorgung der Stadt Detmold mit öffentlich geförderten Wohnungen

### Auftragsgrundlage

Förderprogramm des Landes für die kommunale Wohnungswirtschaft

- Wohnraumförderungsgesetz
- Wirtschaftsstrafgesetz
- Wohnungsbindungsgesetz
- II. Wohnungsbaugesetz
- II. Berechnungsverordnung,
- Einkommensprüfungserlass

### Zielgruppe

Alle Interessenten der verschiedenen Förderprogramme, die eine bestimmte Einkommensgrenze einhalten (Ausnahme ESP), einkommensschwache Haushalte, die eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen wollen

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,05	2,05	2,05	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Modernisierung Anzahl der Beratungen	Anz.	2	1	2	-	-	-
Wohnungsbindung Anzahl Wohnberechtigungsscheine	Anz.	283	300	294	-	-	-
Anzahl Freistellungsbescheinigungen	Anz.	48	60	14	-	-	-
Anzahl Zinssenkungsanträge	Anz.	113	90	54	-	-	-
Anzahl Wirtschaftlichkeitsberechnungen	Anz.	3	10	1	-	-	-
Anzahl der Bestands- und Besetzungskontrollen	Anz.	308	300	162	-	-	-
Eigentumsförderung Anzahl der Beratungen insgesamt	Anz.	0	2	0	-	-	-
Eigentumsförderung Anzahl der Bewilligungen	Anz.	11	12	4	-	-	-
Eigentumsförderung Fördervolumen	€	860.000	300.000	310.000	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Beratungen	Anz.	3	2	2	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Bewilligungen	Anz.	0	1	2	-	-	-
Mietwohnungsbau Fördervolumen	€	0	880.000	1.101.600	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der LE nach Kategorie: - Wohnungsbindung	Anz.	334	370	308	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der LE nach Kategorie: - wohnungswirtschaftliche Maßnahmen	Anz.	113	90	54	-	-	-
Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum (Wohneinheiten)	Anz.	3.072	3.070	3.067	-	-	-
durchschnittliche Bearbeitungszeit/Fall	Tg.	1	1	1	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	8	8	7	7	7	7
Anzahl der neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen / Familienheime in DT / Jahr	Anz.	7	12	12	-	-	-
Belegungsquote öffentlich geförderter Wohnungen in DT in %	%	96	96	96	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.600,00	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.411,35	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500
+ Sonstige ordentliche Erträge	46.643,49	0	40.000	40.000	40.000	40.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>58.654,84</b>	<b>11.900</b>	<b>51.900</b>	<b>51.900</b>	<b>51.900</b>	<b>51.900</b>
- Personalaufwendungen	154.182,56	156.000	160.700	162.400	164.100	165.800
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	100	100	100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.342,42	1.100	1.100	11.100	1.100	1.100
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>155.524,98</b>	<b>157.200</b>	<b>161.900</b>	<b>173.600</b>	<b>165.300</b>	<b>167.000</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-96.870,14</b>	<b>-145.300</b>	<b>-110.000</b>	<b>-121.700</b>	<b>-113.400</b>	<b>-115.100</b>
+ Finanzerträge	7.277,03	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-89.593,11</b>	<b>-138.800</b>	<b>-103.500</b>	<b>-115.200</b>	<b>-106.900</b>	<b>-108.600</b>
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.134,47	23.810	25.060	25.340	25.810	26.140
<b>= Ergebnis</b>	<b>-114.727,58</b>	<b>-162.610</b>	<b>-128.560</b>	<b>-140.540</b>	<b>-132.710</b>	<b>-134.740</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.775,00	3.400	3.400	0	3.400	3.400	3.400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.411,35	8.500	8.500	0	8.500	8.500	8.500
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	7.200,13	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>19.386,48</b>	<b>18.400</b>	<b>18.400</b>	<b>0</b>	<b>18.400</b>	<b>18.400</b>	<b>18.400</b>
- Personalauszahlungen	129.079,84	132.500	136.500	0	137.900	139.300	140.700
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
- Sonstige Auszahlungen	1.383,84	1.100	1.100	0	11.100	1.100	1.100
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>130.463,68</b>	<b>133.700</b>	<b>137.700</b>	<b>0</b>	<b>149.100</b>	<b>140.500</b>	<b>141.900</b>
<b>= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-111.077,20</b>	<b>-115.300</b>	<b>-119.300</b>	<b>0</b>	<b>-130.700</b>	<b>-122.100</b>	<b>-123.500</b>
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	78.123,98	16.800	11.800	0	11.800	11.800	11.800
<b>= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>78.123,98</b>	<b>16.800</b>	<b>11.800</b>	<b>0</b>	<b>11.800</b>	<b>11.800</b>	<b>11.800</b>
<b>= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit</b>	<b>-32.953,22</b>	<b>-98.500</b>	<b>-107.500</b>	<b>0</b>	<b>-118.900</b>	<b>-110.300</b>	<b>-111.700</b>

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
<b>Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze</b>									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	78,1	16,8	11,8	0,0	11,8	11,8	11,8
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	78,1	16,8	11,8	0,0	11,8	11,8	11,8

#### Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2015 unter 1.6 Wohnungsbauservice dargestellt. Personalveränderungen stehen für 2015 nicht an.





### Kurzbeschreibung

- Unterschutzstellung von Bau- und Bodendenkmälern
- Prüfungen und Stellungnahmen von Anträgen und Anfragen
- Beratungen, Betreuungen, Kontrollen
- Vergabe von Fördermitteln aus verschiedenen Förderprogrammen
- Steuerbescheinigungen und Abstimmungen
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit

### Ziele

- Wahrung des öffentl. Interesses an der Einhaltung der gesetzl. Anforderungen an denkmalgeschützten Anlagen und deren Nutzung
- Erhaltung kultureller Ressourcen und der Attraktivität der Stadt zur Steigerung der Standortqualität und des Fremdenverkehrswesens
- Hilfen bei der Finanzierung denkmalpflegerisch bedingter Forderungen bei kostenintensiven Erhaltungsmaßnahmen

### Auftragsgrundlage

-Denkmalschutzgesetz NW, Denkmallistenverordnung, Beschlüsse Ausschuss für Stadtentwicklung

### Zielgruppe

Eigentümer, Nutzungsberechtigte, und Nachbarn von Denkmälern, Architekten, Handwerker, Fachbereiche, Rats- und Ausschussmitglieder, indirekt alle Bürger und Besucher der Stadt Detmold

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,65	1,70	1,70	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Städtische Bestandserfassung der erhaltenswerten historischen Bausubstanz	Anz.	1.500	1.500	1.500	-	-	-
Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes	Anz.	1.045	1.045	1.045	-	-	-
Anzahl der auf Denkmalwert geprüften Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis	Anz.	989	1.018	1.045	-	-	-
Verhältnis Anzahl der geprüften Objekte/Anzahl Objekte Kulturgutverzeichnis	%	95	97	100	-	-	-
Verhältnis Baudenkmäler/Gesamtgebäudebestand	%	3	4	4	-	-	-
Anzahl der Förderanträge	Anz.	15	8	15	-	-	-
Anzahl der Steuerbescheinigungen	Anz.	31	30	30	-	-	-
durch Förderung mobilisiertes Investitionsvolumen	€	884.156	300.000	300.000	-	-	-
bescheinigte Gesamtaufwendungen für Steuervergünstigungen	€	2.151.920	1.500.000	1.500.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl abgeschl. Unterschutzstellungen gem. Kulturgutverzeichnis	Anz.	5	30	30	-	-	-
Anzahl der betreuten Objekte	Anz.	260	250	250	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl denkmalrechtlicher Widerspruchs- bzw. Klageverfahren / Gesamtanzahl der Bescheide	%	1,00	1,00	2,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreutem Objekte p.a.	€	691	500	500	-	-	-
Förderungswirkungsgrad (Quote städt. Fördervolumens / Gesamtinvestitionsvolumen)	%	41,1	20,0	20,0	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.600,00	207.230	258.250	198.450	105.000	105.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.454,43	18.000	18.000	18.000	18.000	18.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	462,00	400	400	400	400	400
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>56.516,43</b>	<b>225.630</b>	<b>276.650</b>	<b>216.850</b>	<b>123.400</b>	<b>123.400</b>
- Personalaufwendungen	158.031,81	133.156	136.500	137.900	139.300	140.700
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.000,00	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
- Transferaufwendungen	98.532,00	285.530	371.050	283.700	150.200	150.200
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.184,71	1.870	1.870	1.870	1.870	1.870
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>259.748,52</b>	<b>422.106</b>	<b>510.970</b>	<b>425.020</b>	<b>292.920</b>	<b>294.320</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-203.232,09</b>	<b>-196.476</b>	<b>-234.320</b>	<b>-208.170</b>	<b>-169.520</b>	<b>-170.920</b>
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.500,00	0	0	0	0	0
<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-210.732,09</b>	<b>-196.476</b>	<b>-234.320</b>	<b>-208.170</b>	<b>-169.520</b>	<b>-170.920</b>
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.802,80	16.110	24.530	24.740	25.030	25.250
<b>= Ergebnis</b>	<b>-231.534,89</b>	<b>-212.586</b>	<b>-258.850</b>	<b>-232.910</b>	<b>-194.550</b>	<b>-196.170</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.600,00	207.230	258.250	0	198.450	105.000	105.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.212,69	18.000	18.000	0	18.000	18.000	18.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	495,00	400	400	0	400	400	400
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>56.307,69</b>	<b>225.630</b>	<b>276.650</b>	<b>0</b>	<b>216.850</b>	<b>123.400</b>	<b>123.400</b>
- Personalauszahlungen	129.190,39	130.233	133.500	0	134.900	136.300	137.700
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.000,00	1.550	1.550	0	1.550	1.550	1.550
- Transferauszahlungen	96.032,00	285.530	371.050	0	283.700	150.200	150.200
- Sonstige Auszahlungen	2.227,66	1.870	1.870	0	1.870	1.870	1.870
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>228.450,05</b>	<b>419.183</b>	<b>507.970</b>	<b>0</b>	<b>422.020</b>	<b>289.920</b>	<b>291.320</b>
<b>= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-172.142,36</b>	<b>-193.553</b>	<b>-231.320</b>	<b>0</b>	<b>-205.170</b>	<b>-166.520</b>	<b>-167.920</b>

### Erläuterungen

Zahl der Baudenkmäler 697 (Stand Juli 2014)

Zahl der Bodendenkmäler 61

Zahl der beweglichen Denkmäler 1

Zahl der erhaltenen historischen Gebäude 1.045

Gesamtzahl der Gebäude in Detmold 19.804

Die angestrebte Anzahl von Unterschutzstellungen ist wegen der teilweise kritischen Haltung bei den Denkmaleigentümern nur mit größerem Zeitaufwand für Überzeugungsarbeit realisierbar.

Die Anzahl, der auf den Denkmalwert zu prüfenden Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis, setzt sich zusammen aus den in die Denkmalliste bereits eingetragenen Baudenkmälern und den als nicht denkmalwert befundenen Bauwerken.

Bei dem Verhältnis der Baudenkmäler zum Gesamtgebäudebestand im Stadtgebiet ist die Gesamtzahl aller Häuser mit Hausnummern zugrunde gelegt worden.

Die zu betreuenden Objekte sind entweder denkmalgeschützt oder im Kulturgutverzeichnis aufgeführt. Im denkmalrechtlichen Verfahren werden Beratungen geleistet, Erlaubnisse und Steuerbescheinigungen erteilt und Förderanträge abgewickelt.

Die Beratungen erfolgen im Regelfall auf Initiative von Denkmaleigentümern, Antragstellern, Handwerkern oder Architekten. Die Beratungen haben sehr unterschiedliche Dauer. Sie erfolgen telefonisch, im Hause und am Objekt. Beratungen vor Ort, Beratungen mit Laien und Beratungen mit umfangreichen Veränderungsmaßnahmen erfordern sehr oft einen hohen Zeitaufwand (1 Stunde und länger). Stellungnahmen nach Prüfung erfolgen schriftlich. Sie erfordern wegen des stets individuellen Sachverhaltes einen höheren Zeitaufwand. Je nach Komplexität der Maßnahme und Vollständigkeit der Antragsunterlagen beträgt der Zeitaufwand zwischen 1 bis 16 Stunden, im Ausnahmefall auch länger.

Die Denkmalförderung "Stadtpauschale" ist wieder in der Budgetplanung 2015 enthalten, weil die Landesregierung ihren Anteil entgegen der Ankündigungen in 2014 doch wieder zur Verfügung gestellt hat.

Das Thema Denkmalpflege ist in der Bevölkerung gelegentlich mit Vorbehalten besetzt und wird mit der Befürchtung unverhältnismäßig hoher Auflagen und Einschränkungen verknüpft. Der Tag des offenen Denkmals ist immer eine gute und wichtige Gelegenheit, das Ansehen der Denkmalpflege zu verbessern. Oft zeigen begeisterte und engagierte Hauseigentümer wie schön es sich in Denkmälern leben lässt und wie lohnenswert der erhöhte Aufwand gegenüber einem "normalen" Gebäude ist.

Der Arbeitsaufwand für den Tag des offenen Denkmals beträgt jedes Jahr je nach Umfang der gezeigten Objekte ca. 1-2 Wochen je Mitarbeiter in der Unteren Denkmalbehörde.



### Kurzbeschreibung

- Energie- und Umweltberatung
- Erstellen von Basisinformationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- a) aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Pressearbeit, Herausgabe von Falblättern und anderen Informationsmaterialien, Vorträge, aktionsorientierter Ansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit durch die Planung und Durchführung von Veranstaltungen.
- b) reagierende Öffentlichkeitsarbeit auf Anfragen sowie aktuelle umweltpolitische Entwicklungen.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms
- Einführung / Initiierung von Maßnahmen zur Erhaltung/Verbesserung der Umweltsituation in Detmold
- Umsetzung der Detmolder Baumschutzsatzung

### Ziele

Verbesserung der Umweltsituation in Detmold durch folgende Maßnahmen:

- Umweltberatung, Umweltinformation
- Unterstützung von Umweltmaßnahmen Dritter
- Betreuung der Bauschutzsatzung

### Auftragsgrundlage

- Beschlüsse des HFA vom 09.02.1995 und 04.01.1996
- Ratsbeschluss vom 13.12.84 / des UA vom 12.02.85
- allgemeiner Auftrag an öffentliche Verwaltung, Lebensgrundlage langfristig zu erhalten
- Rats- und Ausschussbeschlüsse zum Klimaschutz
- Detmolder Baumschutzsatzung vom 17.09.2001

### Zielgruppe

Alle Einwohner/innen Detmolds, von Fall zu Fall unterschiedliche Zielgruppe

### Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung  
Haupt- und Finanzausschuss für Klimabeirat

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,73	3,31	2,76	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
in Verwaltungsgebäuden: Auswertungen mit Beratungen	Anz.	-	-	0	-	-	-
Private: Beratungen	Anz.	450	700	600	-	-	-
Veranstaltungen	Anz.	12	2	4	-	-	-
Förderprogramm nachträgl. Wärmedämmung: geförderte Maßnahmen	Anz.	70	60	60	-	-	-
Betreuung der Baumschutzsatzung - BaumSchS Ortstermine	Anz.	280	200	200	-	-	-
durch Beratung erhaltene Bäume	Anz.	70	50	50	-	-	-
Bescheide nach BaumSchS	Anz.	226	150	150	-	-	-
- positiv beschieden	Anz.	214	135	135	-	-	-
- Ablehnungen	Anz.	12	15	15	-	-	-
- Klagen	Anz.	0	0	0	-	-	-
Bußgeldverfahren nach Baumschutzsatzung	Anz.	1	5	5	-	-	-
Umweltberatung Erstellen von Informationsmaterial	Anz.	7	5	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Veranstaltungen, Vorträge	Anz.	8	4	3	-	-	-
Presseinformationen	Anz.	8	10	10	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Energiesparen	Anz.	462	702	604	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Klimaschutz	Anz.	30	25	100	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Umweltschutz	Anz.	300	500	600	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Baumschutz	Anz.	350	450	450	-	-	-
Anzahl Bescheide Baumschutz	Anz.	226	150	150	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Bescheide Baumschutz	Tg.	3	3	3	-	-	-
Anzahl Ersatzpflanzungen	Anz.	300	200	200	-	-	-
Summe versiegelte Fläche in qkm	qkm	-	29,70	29,70	-	-	-
Summe versiegelte Fläche in % zu Gesamtfläche	%	-	23,10	23,10	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.998,69	3.700	36.850	53.800	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	800,00	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	100	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	750,00	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
<b>= Ordentliche Erträge</b>	<b>14.548,69</b>	<b>10.900</b>	<b>44.050</b>	<b>61.000</b>	<b>7.200</b>	<b>7.200</b>
- Personalaufwendungen	244.296,47	249.300	226.034	228.259	230.506	232.775
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	750,00	6.150	6.150	6.150	6.150	6.150
- Transferaufwendungen	166.617,35	183.493	205.193	183.393	173.693	174.643
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.623,62	30.350	88.950	137.950	22.950	22.950
<b>= Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>438.287,44</b>	<b>469.293</b>	<b>526.327</b>	<b>555.752</b>	<b>433.299</b>	<b>436.518</b>
<b>= Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-423.738,75</b>	<b>-458.393</b>	<b>-482.277</b>	<b>-494.752</b>	<b>-426.099</b>	<b>-429.318</b>
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.600,00	0	0	0	0	0
<b>= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-426.338,75</b>	<b>-458.393</b>	<b>-482.277</b>	<b>-494.752</b>	<b>-426.099</b>	<b>-429.318</b>
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	27.443,37	26.320	27.570	27.890	28.390	28.740
<b>= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen</b>	<b>-27.443,37</b>	<b>-25.320</b>	<b>-26.570</b>	<b>-26.890</b>	<b>-27.390</b>	<b>-27.740</b>
<b>= Ergebnis</b>	<b>-453.782,12</b>	<b>-483.713</b>	<b>-508.847</b>	<b>-521.642</b>	<b>-453.489</b>	<b>-457.058</b>

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.998,69	3.700	36.850	0	53.800	0	0
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	40,00	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	3.000,00	6.100	6.100	0	6.100	6.100	6.100
<b>= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>16.038,69</b>	<b>9.900</b>	<b>43.050</b>	<b>0</b>	<b>60.000</b>	<b>6.200</b>	<b>6.200</b>
- Personalauszahlungen	239.398,17	248.100	224.934	0	227.159	229.406	231.675

<b>Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €</b>	<b>Ergebnis 2013</b>	<b>Ansatz 2014</b>	<b>Ansatz 2015</b>	<b>VE 2015</b>	<b>Planung 2016</b>	<b>Planung 2017</b>	<b>Planung 2018</b>
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.853,00	6.150	6.150	0	6.150	6.150	6.150
- Transferauszahlungen	166.617,35	183.493	205.193	0	183.393	173.693	174.643
- Sonstige Auszahlungen	30.566,03	30.350	88.950	0	137.950	22.950	22.950
<b>= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>442.434,55</b>	<b>468.093</b>	<b>525.227</b>	<b>0</b>	<b>554.652</b>	<b>432.199</b>	<b>435.418</b>
<b>= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-426.395,86</b>	<b>-458.193</b>	<b>-482.177</b>	<b>0</b>	<b>-494.652</b>	<b>-425.999</b>	<b>-429.218</b>

#### **Erläuterungen**

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2015 unter 1.8 Umweltschutz dargestellt.

Hinweis: Für 2013 und 2014 sind noch keine Kennzahlen "versiegelte Flächen in qkm und in %" möglich. Die hierzu aktuellsten Daten aus 2005-2012 wurden im II. Quartalsbericht 2014 mitgeteilt.